

Nr. 1 - Sommer 2012

realistisch

und radikal

Das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Krise, Demokratie und DIE LINKE

mit Beiträgen von Marwa Al-Radwany, Christine Buchholz, Fabio De Masi, Frank Deppe, Anne Karrass, Tiny Kox, Alexander Recht, Bernhard Sander, Marianna Schauzu, Lucia Schnell, Felix Syrovatka, Alexander Ulrich, Hans-Jürgen Urban, Andreas Wehr, Alban Werner und Daniel Wittmer

Inhalt

Vorwort – *Krise, Demokratie und DIE LINKE*.....3

Krise

Hans-Jürgen Urban – *Demokratische Solidarität statt Kürzungs-Diktat*5

Andreas Wehr – *Nation, Souveränität und Imperialismus in der Europäischen Union*..... 14

Alexander Ulrich und Anne Karrass – *Fiskalvertrag: Bremse für Demokratie und Sozialstaatlichkeit*..... 19

Alexander Recht – *Zur großen Krise* 23

Fabio de Masi – *Putsch unter europäischer Flagge* 29

Demokratie

„*Wir lehnen ein neoliberales Europa ab*“ – Interview mit Tiny Kox..... 34

Felix Syrovatka – *Partei der Bewegung: Die „Front de gauche“ im französischen Präsidentschaftswahlkampf*..... 37

Lucia Schnell – *Erfolg der Piraten – Herausforderung für DIE LINKE*... 42

Marwa Al-Radwany und Christine Buchholz – *Antimuslimischen Rassismus offensiv kontern!*..... 51

Alban Werner – *Es ist nicht „falsches Bewusstsein“* 57

DIE LINKE

Bernhard Sander – *Für mehr linken Populismus*..... 62

Marianna Schauzu – *Braucht DIE LINKE Personalplebiszite?*..... 67

Daniel Wittmer – *Welche politische Bildung braucht DIE LINKE?*..... 72

Frank Deppe – *Linke und Gewerkschaft*..... 77

Krise, Demokratie und DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

Europa droht an der Wirtschafts- und Finanzkrise und seinen inneren Widersprüchen zu zerbrechen. Der alte Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie tritt wieder hervor. Die europäischen Kernstaaten untergraben unter deutscher Führung und europäischer Flagge Wirtschaft, Demokratie und Sozialstaat.

Doch es gibt auch Hoffnungsschimmer: In Griechenland, Frankreich und den Niederlanden heben haben linke Kräfte unter große Erfolge errungen. Die französische Regierung duldet das Krisenmanagement Merkels nicht mehr widerspruchsfrei und selbst die Europäische Zentralbank (EZB) legt ihr Mandat weiter aus. Gleichwohl ist kein Ende der verheerenden Kürzungspakete in Sicht. Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und Fiskalpakt sollen die Wirtschaftspolitik dauerhaft demokratischer Kontrolle entziehen und die Staatshaushalte verkommen zum Inkassobüro der Finanzmärkte (Wolfgang Streeck). Das ist Klassenkampf per Gesetz.

Und die deutsche LINKE? Die Piraten eilten von Erfolg zu Erfolg – und mobilisierten dabei ohne Antworten Wähler/innen mit und ohne Internetanschluss. Die SPD – Mehrheitsbeschaffer noch jeder Bankenrettung – will die Bundestagswahlen 2013 zur Abstimmung über die Macht der Finanzmärkte machen. DIE LINKE – einst Hoffnungsträgerin der europäischen Linksparteien – wurde viel zu lange nur über permanente Machtkämpfe statt Kernthemen wahrgenommen. Der Tiefpunkt waren Debatten über Spaltung, vermeintliche Ost-West-Konflikte und auch eine kräftige Portion Doppelmoral, wenn es um den Vorwurf der Erpressung ging. Wir denken aber seit Göttingen sind wir auf gutem Weg.

Strömungen stehen in einem schlechten Ruf. Zu Unrecht, wie wir meinen. Denn Konflikte hätte es auch ohne Strömungen gegeben, sie waren Ausdruck unterschiedlicher Politikentwürfe, politischer Traditionen, aber auch persönlicher Verletzungen. Die Aufgabe von Strömungen ist es hingegen, einen Beitrag zur Diskussion politischer Alternativen zu leisten. In diesem Sinne verstehen wir unser neues Debattenheft, das einmal jährlich

zur Sommerakademie des Soli eV in Bielefeld-Sennestadt erscheinen soll. Das Heft zeigt, dass es auch bei uns kontroverse Positionen gibt.

Das vorliegende und mit Verzögerung erscheinende Heft widmet sich den Schwerpunkten: Krise, Demokratie & DIE LINKE. Wir freuen uns hierfür auch Autorinnen und Autoren gewonnen zu haben, die nicht Mitglied der SL oder der LINKEN sind. Tiny Kox hat uns ein Interview gewährt, um den Aufstieg unserer niederländischen Genossinnen und Genossen – trotz ausbleibender Sozialproteste - zu erklären. Felix Syrovatka schildert seine Eindrücke vom französischen Präsidentschaftswahlkampf. Hans-Jürgen Urban (IG Metall) sowie Fabio De Masi erkunden das autoritäre Europa, die Krise der Demokratie und die politische Strategie der Linken (unser Dank gilt dem VSA-Verlag für die Genehmigung zum Abdruck des Beitrags von Hans-Jürgen Urban), Alex Recht widmet sich den Antworten auf die Euro-Krise und einer kritischen Debatte linker Positionen, Anne Karrass und Alexander Ulrich klären über den ökonomischen und demokratischen Wahnsinn des „Fiskalpakts“ auf, Andreas Wehr beleuchtet die Rolle nationaler Souveränität für fortschrittliche Politik, Lucia Schnell diskutiert die Gründe für den Aufstieg der Piraten, Alban Werner, Marwa Al-Radwany und Christine Buchholz geben unterschiedliche Antworten auf den Umgang von links mit Rechtspopulismus, Marianna Schauzu hinterfragt den vermeintlichen Zweck und demokratischen Charakter von Personalplebisziten in Parteien, Frank Deppe diskutiert die Rolle von Gewerkschaften für linke Parteien, Bernhard Sander ergündet die Schwäche der LINKEN, ihr Milieu zu mobilisieren und Daniel Wittmer beschreibt, welche Aufgabe innerparteiliche Bildung für eine starke Linke hat.

Wir hoffen das Heft regt zu Diskussionen an, weit über die Grenzen unserer Strömung hinaus. Wir freuen uns über Kritik und Anregungen sowie Bestellwünsche für Eure Basisorganisationen. Auch Bereitschaft zur Mitarbeit ist herzlich Willkommen. All dies könnt Ihr an info@sozialistische-linke.de adressieren.

Wir wünschen Euch viel Spaß bei der Lektüre.

Euer Redaktionskollektiv

Demokratische Solidarität statt Kürzungs-Diktat

Warum und wie die politisch Linke in Europa
die Demokratie verteidigen muss

Hans-Jürgen Urban (Frankfurt am Main)¹

Zur Tiefe der europäischen Krise

Europa war in keiner sonderlich robusten Verfassung, als die globale Finanzmarktkrise die gesamte EU-Finanzarchitektur ins Trudeln brachte. Unter der Wucht der Krise greifen selbst neoliberale Regierungen zu milliardenschweren Subventionen und werfen gleich reihenweise bisherige wirtschaftspolitische Glaubenssätze über Bord. Die Interventionen in die Real- und Finanzökonomie erreichen eine bisher unvorstellbare Tiefe. Die Verstaatlichung von Finanzinstituten zeigt, dass die Staaten in ihrer Not nicht einmal vor dem Tabu der privatkapitalistischen Eigentumsordnung Halt machten. Dabei handelten sich ansonsten wirtschaftsliberal orientierte Regierungen, wie etwa die Deutsche unter Führung von Angela Merkel, Akzeptanz- und Glaubwürdigkeitsprobleme bei den wirtschaftlichen Eliten und im Wahlvolk ein. Vor allem die Stabilitätsvorgaben des Euro-Finanzsystems gerieten völlig aus den Fugen. Ende 2010 verstießen nahezu alle Länder der Eurozone mit ihren Haushaltsdefiziten und Staatsschulden gegen die Stabilitätsvorgabe des europäischen Wirtschafts- und Währungssystems (EZB 2011b: 63-81).

Die EU reagierte – nach einer kurzen Phase der Orientierungslosigkeit – mit drastischen Mitteln auf die Finanz- und Staatsschuldenkrise. In einem intransparenten und von nationalstaatlichen Interessen überformten Aushandlungsprozess wurde Schritt für Schritt ein neues wirtschafts- und

1 Dieser Text ist eine erheblich gekürzte Fassung des Beitrages „Das neue Europa: stabil und autoritär? Europas Weg in einen neuen Autoritarismus“, der zuerst erschienen ist in: Joachim Bischoff / Frank Deppe / Richard Detje / Hans-Jürgen Urban: Europa im Schlepptau der Finanzmärkte, Hamburg, VSA-Verlag, 2011, S. 30-64. Wir danken Hans-Jürgen Urban für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

finanzpolitisches Regelwerk gezimmet. Es setzt an bereits getroffenen Vereinbarungen zu einer European Governance und einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung an. Diese wurden im Nachgang zur revidierten Lissabon-Strategie unter dem Begriff „Europa 2020“ zusammengefasst. Die Architektur des im Werden begriffenen Regimes ruht auf zwei institutionellen Säulen. Erstens auf einem Regelwerk zur verschärften wirtschaftspolitischen Steuerung und haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet; dieses sieht vor allem Maßnahmen der Wettbewerbsstärkung wirtschaftlich schwacher und der Sanktionierung haushaltspolitischer defizitärer Mitgliedstaaten vor (EZB 2011a: 109-132). Zweitens auf einem permanenten Krisenbewältigungsmechanismus, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dieser soll aktiviert werden, sobald die Überschuldung eines Mitgliedstaates die Finanzstabilität des Euroraumes insgesamt gefährdet und bindet die Gewährung von Finanzhilfen in Form von Krediten an strikte Auflagen.²

Überwachung statt Demokratie: Der Euro-Plus-Pakt

Auf seiner Tagung am 24./25. März 2011 bekräftigte der Europäische Rat das Europäische Semester und die Strategie Europa 2020 und beschloss den Euro-Plus-Pakt, um die neue Qualität in der wirtschaftspolitischen Koordinierung zu besiegeln. Der Euro-Plus-Pakt folgt und präzisiert im Wesentlichen die von der Rompuy-Arbeitsgruppe und der Kommission unterbreiteten Vorschläge.³ In dem Pakt werden die Schwerpunkte vor allem auf die Bereiche gelegt, die in die einzelstaatliche Zuständigkeit fallen und die für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Vermeidung schädlicher Ungleichgewichte von besonderer Bedeutung sind. Die zentrale Leitidee, die in einzelnen Regeln konkretisiert wird, besteht in der verstärkten (Selbst-)Verpflichtung der Mitgliedstaaten, sich den Vorgaben der Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik der EU mit neuer, verstärkter Verbindlichkeit unterzuordnen. Dabei verpflichten sie sich, alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Verwirklichung von vier Zielen erforderlich sind:

- *Erstens*, die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Bei Bewertung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Staates stehen die Lohn- und Produktivitätsentwicklung, gefasst im

2 Der Euro-Plus-Pakt sowie die Merkmale des Europäischen Stabilisierungsmechanismus sind dargestellt in: Rat der Europäischen Kommission, Schlussfolgerungen der Tagung vom 24./25. März 2011.

3 Neben den Staaten der Euro-Zone traten Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien bei.

Indikator der gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Lohnstückkosten, im Zentrum der Anstrengungen. Der Regulierung der Löhne soll insbesondere durch die Überprüfung der Lohnbildungsregeln und erforderlichenfalls des Grades der Zentralisierung von Verhandlungen und Indexierungsverfahren geschehen. Die Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor sollen, eingedenk der Signalwirkung der dortigen Lohnabschlüsse, sicherstellen, dass sie der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors förderlich sind. Steigerungen der Produktivität sollen durch eine weitere Öffnung von geschützten Sektoren, Verbesserung der Bildungssysteme und Förderung von Forschung, Innovationen und Infrastruktur sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Betriebe erzielt werden.

■ Als *zweites* Ziel wird die Förderung der Beschäftigung formuliert, die auf der Grundlage der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeitquoten sowie der Erwerbsquoten bewertet wird. Als Maßnahmen werden insbesondere genannt: Arbeitsmarktreformen zur Förderung der Flexicurity, lebenslanges Lernen sowie Steuerreformen, die bei gleichzeitiger Wahrung des Gesamtsteueraufkommens den Faktor Arbeit entlasten.

■ Von besonderer Bedeutung ist das *dritte* Ziel der Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Hier ruht der Blick insbesondere auf der langfristigen Finanzierbarkeit von Renten, Gesundheitsfürsorge und Sozialleistungen. Für diese wird auch infolge der demografischen Entwicklung eine Tragfähigkeitslücke befürchtet. Dieser könnte etwa durch eine Angleichung des tatsächlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, die Erhöhung der Erwerbsquote sowie eine Begrenzung der



Vorruhestandsregelungen und der Nutzung gezielter Anreize für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer entgegen gewirkt werden. Mit Blick auf die öffentlichen Haushalte verpflichten sich die Mitgliedstaaten zu nationalen Vorschriften, die die im SWP enthaltenen Haushaltsvorschriften der EU in nationales Recht umsetzen. Vorgesprochen werden eine „Schuldenbremse“ oder andere Ausgaberegeln, um die auf nationaler und subnationaler Ebene abgeforderte Haushaltsdisziplin zu gewährleisten. Der Kommission wird Gelegenheit gegeben, unter eingeschränkter Wahrung der Vorrechte der nationalen Parlamente zu der genauen Haushaltsvorschrift vor deren Erlass gehört zu werden.

■ Schließlich wird als *viertes* Ziel die Stärkung der Stabilität des Finanzsektors formuliert. Dazu soll eine umfassende Reform der EU-Rahmenbedingungen für die Beaufsichtigung und Regulierung des Finanzsektors eingeleitet werden. Dazu verpflichten sich die Mitgliedstaaten: zum Erlass nationaler Rechtsvorschriften für die Sanierung von Banken, zur regelmäßigen Durchführung EU-weit koordinierter Belastungstest für Banken und zur innereuropäischen wechselseitigen Beobachtung der privaten Verschuldungsstände von Banken, Haushalten und nicht finanziellen Unternehmen. Darüber hinaus verpflichten sich die Mitgliedstaaten im Rahmen einer „pragmatischen Koordinierung“ der Steuerpolitik strukturierte Beratungen über steuerpolitische Fragen aufzunehmen. In diesem Kontext wird unter anderem die Entwicklung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage als ein einkommensneutraler Weg zur Erreichung von Konvergenz der nationalen Steuersysteme vorgeschlagen.

■ Um ein wirkliches Engagement für Veränderungen unter Beweis zu stellen, vereinbaren die an diesem Pakt teilnehmenden Mitgliedstaaten im Rahmen einer Selbstverpflichtung jedes Jahr auf höchster Ebene eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die innerhalb von zwölf Monaten zu verwirklichen sind.

Angriffe auf Demokratie und soziale Rechte

Die hier aufgelisteten Vereinbarungen sind nicht vollständig, vieles bewegt sich in den Gleisen der bisherigen Koordinierungs- und Stabilitätspolitik und manches mag zielführend sein. Doch zweifelsohne enthält diese Konstruktion bisher unbekannte direkte Eingriffe in Politik- und Regelungsfelder, die bisher den Mitgliedstaaten und den Sozialvertragsparteien vorbehalten

waren. Bei den Gewerkschaften etwa sollten die Alarmglocken läuten. Die hier formulierten Vorgaben für die Entwicklung von Löhnen und Produktivität, aber auch von Renten, Gesundheits- und anderen Sozialleistungen unterwerfen die gesamte Arbeits- und Sozialverfassung der Mitgliedstaaten der überbordenden Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik und greifen in diesem Sinne tief in die Mechanismen der nationalen Kapital-Arbeits-Staat-Beziehungen ein. Das verbale Bekenntnis zur „Wahrung der Autonomie der Sozialpartner bei den Tarifverhandlungen“ dürfte sich vor der in Gang kommenden Disziplinierungs- und Downsizing-Logik schnell als Schall und Rauch erweisen. Doch damit nicht genug: Insgesamt kommt diesem Regelwerk eine besondere Bedeutung für die Entwicklung auf allen Ebenen des europäischen Mehrebenensystems zu. In seiner Gänze kann das neue institutionelle Arrangement als ein autoritäres Stabilisierungs-Regime gefasst werden, das sich – so ist zu befürchten – als ökonomisch kontraproduktiv, sozial polarisierend und politisch legitimationsgefährdend erweisen wird.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Fehlkonstruktion des neuen Regimes ist offensichtlich. Im Zeitlauf dürfte es nicht Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität, sondern wirtschaftliche Wachstumsprobleme und soziale Konflikte in den Mitgliedstaaten befördern. Denn auf die wettbewerbsschwachen und defizitären Staaten warten Hilfspakete, an denen sie schwer zu tragen haben werden. Durch die Erfüllung der Auflagen, die mit den Krediten obligatorisch verbunden sind, werden sie in zwei Negativspiralen gezogen, die mit vehementen wirtschaftlichen und sozialen Problemen einhergehen. Die Abbau-Schulden-Spirale führte in den bekannten Problemzirkel einer prozyklischen Finanzpolitik. Indem staatliche Ausgaben massiv zurückgefahren werden schwächen die damit verbundenen Nachfrageausfälle Konjunktur und Wachstum. Und damit verringert sich gerade jene realwirtschaftliche Wertschöpfung, die als Grundlage für zusätzliche Steuereinnahmen und damit für Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau dienen soll. Diese Problemkette wird von einer Zins-Risiko-Spirale begleitet. Wachstumsverluste erschweren zugleich die Aufbringung der Mittel zur Refinanzierung von Defiziten und Schulden. Damit sinkt die Bonität des Schuldners, was umgehend ein schlechteres Rating durch die führenden Rating-Agenturen zur Folge hat. Das wiederum treibt Risikoaufschläge und Zinsen für Kapitalmarktanleihen und damit die Kosten neuer Kredite in die Höhe. Bei alledem wächst der Widerstand in der Bevölkerung gegen die drastischen Einschnitte in öffentliche und Sozialleistungen, mit denen die Staaten versuchen, den strikten Auflagen der EU und dem Teufelskreis aus Sparen und

Wachstumsverlusten zu entkommen. Bisher ist dies noch keinem der Opfer der europäischen Solidarität gelungen.

Strukturprobleme der Demokratie in der Europäischen Union
Europa fehlt es an einer direkten Legitimationsbeziehung zu den Bürgern. Die EU ist weder das Ziel direkter öffentlicher Forderungen der einzelnen Bürger, noch verfügen diese über direkte Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Führungselite der EU. Anders als auf der nationalstaatlichen Ebene steht ihnen nicht die Möglichkeit zur Verfügung, Repräsentanten der EU-Exekutive durch Wahlen zu bestrafen oder zu belohnen. Es gibt keine direkte unverzerrte Verbindung zwischen den Präferenzen der Bürger und den EU-Entscheidern; und es fehlt an einer direkten Rechenschaftspflicht gegenüber diesen – das EP vielleicht ausgenommen. Somit bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, europarelevante Erwartungen und Forderungen aufzunehmen und unter den Bürgern die notwendige Zustimmung für Europa zu organisieren. Ihnen kommt die Aufgabe zu, Entscheidungen aus Brüssel gegenüber ihren Bürgern zu vertreten, ohne in unzumutbare Konflikte mit ihnen zu geraten. Denn im Zweifel wählen diese nicht die Repräsentanten der EU, sondern der nationalen Regierungen ab. Da die EU also über keine eigene originäre Legitimation verfügt, ist sie auf die angewiesen, die ihr die Mitgliedstaaten verleihen.

Doch dazu müssen die Nationalstaaten willens und in der Lage sein. Und hier liegt mit Blick auf das neue autoritäre Stabilitäts-Regime der Hase im Pfeffer. Denn diese für die EU so wichtige Folgebereitschaft wird den Nationalstaaten verbaut, wenn sie Auflagen zu vertreten haben, die sie in direkte Konfrontation mit ihren Wählern treiben. Die Nationalstaaten sehen sich in dieser Konstellation vor zwei naheliegende Handlungsstrategien gestellt. Sie können zwischen einer *Verweigerungs-* und einer *Entlastungsstrategie* wählen. Doch beide verheißen für die Akzeptanz der EU nichts Gutes. Entweder die Mitgliedstaaten verweigern sich gegenüber den Auflagen und der abgeforderten Politik und verhindern damit die Realisierung des europäischen Krisenüberwindungsmechanismus; dann erscheint die EU unfähig, die anstehenden Probleme zu bewältigen. Ein weiterer Ansehensverlust wäre die Folge. Oder die Nationalstaaten folgen den Auflagen. Dann müssen sie sich in die Konfrontation mit der eigenen Wählerschaft begeben und werden versuchen, sich durch die Zuweisung der politischen Verantwortung vor drohenden Anerkennungsverlusten und Wahlniederlagen zu schützen. Doch auch eine solche Strategie der Mitgliedstaaten – die absichtsvoll verschweigt, dass diese Sachzwänge auf Entscheidungen der Mitgliedstaaten beruhen – geht zu Lasten der EU. Sie

verliert an der geliehenen Legitimation, die ihr die Mitgliedstaaten zwecks eigener legitimatorischen Entlastung verweigern.

Doch nicht nur die EU, auch die Mitgliedstaaten dürften nicht ohne Schaden an Demokratie und Legitimation davon kommen. Vor allem die Wettbewerbsschwachen und Defizitären unter ihnen werden absehbar von restriktiven Handlungszwängen und legitimationsverzehrenden Konflikten geplagt werden. Wenn die Konsolidierungsaufgaben – wie absichtsvoll festgelegt – umfassend und automatisch wirksam werden, wenn politische Ausweichoptionen der Regierungen minimiert werden, dann läuft in den Mitgliedstaaten der demokratische Prozess leer. Und wenn die Wahlen keine wirklichen Wahlmöglichkeiten mehr bieten, weil alle Regierungen, unabhängig von ihren ideologischen Orientierungen, sich den Vorgaben aus Brüssel unterwerfen müssen, dann verliert das Wechselspiel von Opposition und Regierung seinen Sinn. Und als relativ machtlose Vollzugsorgane externer Vorgaben werden Parteien und Politiker schnell an Ansehen und Legitimation verlieren. So oder so, das Regime autoritärer Stabilität dürfte Entwicklungen in Gang setzen, die wie Mäuse an den ohnehin mageren Legitimationsreserven der Mitgliedstaaten und der EU nagen.

Mobilisieren und reformieren für ein besseres Europa

Der proeuropäischen Kritik zur Benennung von Fehlentwicklungen in Europa sollte eine proeuropäische Widerstandspolitik zur Korrektur derselben folgen. Gesucht wird also ein neues Projekt, das auch diesmal die Krise überwindet, den Integrationsprozess neu ausrichtet und das Gesamtprojekt neu begründet; und das die ungelösten Probleme der EU, also wirtschaftliche Spannung, soziale Spaltungen und institutionelle Demokratiedefizite, nicht mitschleppt oder gar verschärft, sondern in Angriff nimmt. Die gegenwärtige Krisenpolitik mit ihrem Regime autoritärer Stabilität stellt die Weichen neu. Aber, das sollte deutlich geworden sein, in die falsche Richtung. Wegemarken für einen neuen, progressiven Entwicklungspfad sind oft benannt worden. Sie bestehen aus Reformstrategien in den Feldern der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Finanzpolitik. Der regelverändernden

Regulierung der Finanzmärkte und der Realisierung eines anderen Europäischen Sozialmodells kommen dabei besondere Bedeutung zu. Zivilisierte Finanzmärkte und ein Mindestmaß an sozialpolitischer Regulierung könnten den Weg frei machen zur Erreichung einer wichtigen Zwischenetappe. Zur *Umwandlung des Regimes der autoritären Stabilität* in ein *Modell der kooperativen Stabilität*. Das neue Modell verzichtet nicht auf die Regulierung der Staatsschulden und die Stabilisierung der gemeinsamen Währung, wohl aber auf die repressive Disziplinierung der wettbewerbsschwachen und defizitären Mitgliedstaaten. Statt auf Disziplinierung setzt es auf innergemeinschaftliche Aushandlungsprozesse, die möglichst wenig durch die Machtsymmetrie zwischen schwachen und starken Staaten deformiert sind und auf Interessenausgleiche orientieren. In diesen Aushandlungen kämen das Interesse Deutschlands an gemeinschaftsverträglichen Exporten in den Binnenmarkt ebenso zum Tragen wie die Aufhol- und Transferinteressen der Mitgliedstaaten in Finanznot. Die Überwindung übermäßiger wirtschaftlicher Export- oder Importungleichgewichte müssten ebenso als Leitlinien akzeptiert werden wie finanzielle und strukturelle Unterstützungen für die Volkswirtschaften, die aus eigener Kraft vorhandene Wettbewerbsrückstände nicht aufholen können. In diesem Modell verlöre das Szenario einer Transferunion den Beigeschmack des Katastrophischen.

Die Nationalstaaten sind nicht am Ende

Institutionelle Reformen alleine werden das Problem nicht lösen können. Aber mehr Demokratie in Europa und den Mitgliedstaaten können die Ausgangsbedingungen für weitere Maßnahmen verbessern. Fragt man nach vorhandenen Einflusskanälen in Europa so sollte der Blick zunächst auf den Kanal mitgliedstaatlicher Repräsentation fallen. Über nationale Wahlen, Parlamente und Regierungen nehmen die Bürger über politische Prozesse in den Mitgliedstaaten Einfluss auf die Entscheidungen in Europa. Das gilt vor allem für den Europäischen Rat sowie den EU-Ministerrat, die aus Repräsentanten der Mitgliedstaaten gebildet und deren Entscheidungen von diesen dominiert werden. Wenn also auch in Zukunft die Mitgliedstaaten die „Herren der Verträge“ bleiben und die EU überdies auf Bereitschaft und Fähigkeit der Nationalstaaten angewiesen ist, mit ihren Legitimationsressourcen die Legitimationsschwäche der EU auszugleichen, dann muss die demokratische Qualität der Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene von essentieller Bedeutung für Demokratie und Legitimation der EU sein. In diesem Sinne könnte die Kompetenzerweiterung der nationalen Parlamente

in Europafragen nützlich sein,⁴ die bis hin zur Erteilung von Verhandlungsmandaten reichen könnte. In die gleiche Richtung würde eine stärkere Rechenschaftspflicht der nationalen Repräsentanten für ihr Handeln in den EU-Gremien wirken. Denkbar wären auch Modelle direkter Einflussnahme der Bevölkerungen auf grundlegende europapolitische Entscheidungen, etwa in Form nationalstaatlicher Plebiszite (Grotz 2009). Diese würden zwar die Blockade-Gefahr in den europäischen Arenen erhöhen. Heilsam wäre aber sicherlich der Zwang für die nationalen Eliten, für wichtige Entscheidungen in der eigenen Bevölkerung aktiv um Zustimmung werben zu müssen. Von besonderer Bedeutung für die politische Praxis bleibt jedoch das politische Selbstverständnis, mit dem Eliten europäische Themen in die nationalen Arenen einbringen. Bleibt es in der Logik der bisherigen Expertokratie verhaftet oder wandelt es sich im Sinne einer diskursiven Bearbeitung europäischer Fragen und begibt sich damit auf die Höhe der Zeit? Doch gleichgültig, ob die Priorität auf institutionelle Reform oder einen Mentalitätswandel bei Volk und Eliten gelegt wird, ist festzuhalten: Entgegen der flinken Rede vom Bedeutungsverlust der Nationalstaaten im Zeitalter von Globalisierung und Europäisierung bleibt die Demokratisierung von Strukturen und Verfahren auf mitgliedstaatlicher Ebene unverzichtbar für eine demokratischere EU.



Nation, Souveränität und Imperialismus in der Europäischen Union

Andreas Wehr (Berlin / Brüssel)

Je länger die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise anhält, um so lauter wird der Ruf nach einer zügigen Zentralisierung der EU, wobei auf die Souveränitätsrechte ihrer Mitgliedsländer nicht länger Rücksicht genommen werden soll. Im August 2011 schrieb das Handelsblatt: „Alle Wege zur Lösung der Euro-Krise führen zur Schatzkammer der deutschen Steuerzahler: Die Bundesregierung muss den Zutritt verweigern – oder die Euro-Staaten zu weitreichenden Souveränitätsverzichtern zwingen.“⁵ Mit der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, dem Euro-Plus-Pakt und dem Fiskalpakt ist dieser Forderung inzwischen entsprochen worden. Die EU und vor allem die Länder der Eurozone haben sich der von Deutschland diktierten Politik unterzuordnen. Die Bundesregierung wird dabei von Grünen und Sozialdemokraten, aber auch von Gewerkschaftern unterstützt. Für den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel steht fest: „Eine vertiefte europäische Union ist ohne den Verzicht auf Teile der nationalen Souveränitäten nicht zu haben.“⁶

Die Verteidigung der Souveränitäten der EU-Länder scheint tatsächlich ein Anachronismus geworden zu sein, leben wir doch angeblich längst in einem globalisierten, internationalistischem System. Geht es also demnach nur noch darum, „eine Kooperation unterschiedlich produktiver Wirtschaften unter dem gemeinsamen Euro-Dach zu ermöglichen“, wie es einem Aufruf heißt?⁷ Eine solche Sicht ist illusionär, denn die gefor-

5 Scheitert Europa?, in: Handelsblatt vom 19./20.08.2011

6 Sigmar Gabriel, „Europa braucht tiefere Integration, in: Die Zeit vom 15.09.2011

7 Aufruf „Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!“ Initiatoren des Aufrufs sind: Frank Bsirske, Annelie Buntenbach, Rudolf Hickel, Steffen Lehndorff und Hans-Jürgen Urban.
<http://www.europa-neu-begründen.de>

derte „Kooperation unterschiedlich produktiver Wirtschaften“ ignoriert die unter imperialistischen Staaten herrschende Hierarchie. Bereits Lenin sprach in seiner Imperialismusschrift die nüchterne und weiterhin gültige Wahrheit aus, dass „unter dem Kapitalismus (...) für die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar“ ist.⁸ Und der Kampf der Staaten um Interessen- und Einflussphären findet permanent statt: „Aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gehen ungleichmäßig sich entwickelnde imperialistische Mächte hervor, die die Erde ökonomisch und politisch beherrschen. Die Mächte agieren im Rahmen einer historisch gewordenen Aufteilung der Erde untereinander; die Bewegung der monopolistischen Konkurrenz ist die einer permanenten Verschiebung unter den imperialistischen Hauptmächten, Monopolgruppierungen und Branchen gegeneinander in der gleichzeitigen Form *sowohl von Kollaboration als auch von Kampf*“.⁹ Die Europäische Union ist eine solche Form imperialistischer Kollaboration. Sie war und ist aber zugleich eine Arena zur Austragung des Kampfes zwischen den europäischen imperialistischen Hauptmächten. So ist die Geschichte der EU eine des permanenten Ringens zwischen Deutschland und Frankreich um die Hegemonie in ihr. Spätestens seit der Rückgewinnung des Handlungsspielraums des deutschen Monopolkapitals im Osten durch Eingliederung der DDR und durch den Beitritt der Staaten Ost- und Ostmitteleuropas zur EU ist dieser Kampf zugunsten Deutschlands entschieden.

Kollaboration und Konkurrenz

Gegenwärtig verstärken sich in der EU die Formen der Konkurrenz zulasten der Kollaboration. Die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise entwickelt eine Dynamik, in der sich traditionell entwickelte Formen der Kollaboration als nicht mehr zeitgemäß erweisen und deshalb unter der Führung Berlins gesprengt werden. Zur Bewältigung der Krise wurden Institutionen außerhalb der EU geschaffen: „Mit der durch das aktuelle Griechenlandpaket verbundenen Erweiterung der Kompetenzen der EFSF (der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, A.W.) ist also nicht die Stärkung europäischer Institutionen verbunden – wobei eine gewisse Unabhängigkeit

8 W.I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: Lenin Werke 22, Berlin 1960, S. 300

9 Wolf-Dieter Gudopp, *Der Imperialismus und die „Periode der Weltkriege“*, in: *Marxistische Blätter* 3-97, S. 68

von nationalstaatlichen Interessen unterstellt werden kann –, sondern es wird eine Institution gestärkt, in welcher – wie im IMF (Internationaler Währungsfonds, A.W.) – nach Wirtschaftskraft entschieden wird: Deutschland (27,1 Prozent) und Frankreich (20,4 Prozent) haben zusammen nahezu die absolute Mehrheit – jedenfalls dann, wenn man die Beistandskandidaten, die ihr Stimmrecht verlieren, außer Betracht lässt. Das Griechenlandpaket bringt also per saldo nicht mehr Supranationalität, sondern eine Stärkung der dominierenden Länder, an der Spitze Deutschland.¹⁰ Bei den neuen Institutionen EFSF und künftig ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) handelt es sich um Instrumente, die sich aber auch – wo angebracht – der herkömmlichen Formen europäischer Kollaboration bedienen.

„Es ist offensichtlich, dass die Finanz- und Staatsschuldenkrise die Verlagerung der Macht hin zu den Mitgliedstaaten verstärkt hat. So ist etwa die Stellung Deutschlands (...) heute so stark, wie das noch nie in der Geschichte der Fall war. Spiegelbild ist die relative Schwäche Frankreichs und Großbritanniens“, so die FAZ zu den Veränderungen im Machtgefüge Kerneuropas¹¹. Noch gravierender sind jedoch die Verschiebungen zwischen Kern und Peripherie. In diesem Verhältnis verliert die EU ihren Charakter einer Institution der Kollaboration. Es entsteht eine Hegemonialordnung mit Deutschland an der Spitze. Was die Lage der Defizitstaaten angeht, so wird selbst in bürgerlichen Medien offen von der Entstehung europäischer „Protektorate“ gesprochen.¹²

Mit Blick auf den Kampf um die Befreiung der Kolonien sagte Lenin: „Was ist der wichtigste, der grundlegende Gedanke unserer Thesen? Die Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Völkern.“¹³ Diesen Gedanken wandte er auch auf das Verhältnis unter imperialistischen Ländern an. Über Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sagte er: „Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe anderer besiegter Länder Verhältnisse geschaffen, unter denen eine

10 Jörg Goldberg, Menetekel Griechenland, in: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 87, 09/2011, S.9

11 Klaus-Dieter Frankenberger, Große Verunsicherung – wie die Krise Europa verändert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.04.2012

12 So wurde in der FAZ mit Blick auf Irland die Frage gestellt: „Lässt sich die Hilfe innenpolitisch überhaupt durchsetzen, wenn ein Land de facto unter ausländisches Protektorat gestellt wird, das immer noch unter dem Trauma langjähriger Fremdherrschaft leidet?“ Irlands Friedhof für gescheiterte Bankerträume, in: FAZ vom 22.11.2010

13 W.I. Lenin, II. Kongress der Kommunistischen Internationale, 19. Juli – 7. August 1920, in: Lenin Werke 31, Berlin 1960, S. 228

wirtschaftliche Existenz materiell nicht möglich ist, Verhältnisse völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung.“ Gleichwohl wies er Deutschland als Auslöser des Kriegs eine entscheidende Verantwortung für die eingetretene Situation zu: „Der Krieg ging darum, welche der verschwindend kleinen Gruppen der größten Staaten – die englische oder deutsche Gruppe – die Möglichkeit und das Recht erhalten sollte, die ganze Erde zu plündern, zu würgen und auszubeuten.“¹⁴ Doch der Räuber war durch seine Niederlage inzwischen zum Opfer geworden. Solche grundlegenden Umkehrungen gab es immer wieder. Italien etwa wurde nach der Absetzung Mussolinis aus einem faschistischen Mordgesellen an der Seite Deutschlands quasi über Nacht zu einem seiner Opfer. Im übertragenen Sinne haben jetzt in der EU bedrängte Länder wie Griechenland, Irland und Portugal aber auch Spanien und Italien einen solch abrupten Rollenwechsel erlebt. Saßen ihre Bourgeoisien noch gestern mit denen Deutschlands und Frankreichs am gemeinsamen Tisch und genossen ihren Anteil an den Pfründen der EU, so haben sie inzwischen am Katzentisch Platz zu nehmen, wo ihnen die Bedingungen diktiert werden.

Aufgabe der Linken

Die klassenbewusste Linke in diesen Ländern ist daher zur Verteidigung der Souveränitäten ihrer Nationen übergegangen. Es wäre töricht, würde man ihnen deshalb einen rückwärtsgewandten Nationalismus vorwerfen, denn natürlich ist der Nationalismus eines unterdrückenden Staates ein völlig anderer als der eines unterdrückten. Lenin spricht von den „zwei Nationalismen“; der eine ist reaktionär, der andere fortschrittlich. Da sich sein Denken stets um die alles entscheidende Frage der Machterringung bewegte, erkennt er im Nationalismus der unterdrückten Nation eine Chance für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung, vorausgesetzt es gelänge, ihn mit sozialen Inhalten zu verbinden.

Um diese Chance erkennen zu können, muss Klarheit über das Verhältnis zwischen Nationalismus und Internationalismus bestehen. Domenico Losurdo verweist auf Antonio Gramsci, der in den *Gefängnisheften* hervorgehoben hat, „dass ein Kommunist ‚zutiefst national‘ sein müsse, um seinem ‚Internationalismus‘ Konkrettheit zu verleihen.“¹⁵ Das scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein. Doch machen wir uns klar, wie der Internationalismus der russischen Revolutionäre überhaupt erst zur Wirkung kommen konnte. Die Bolschewiki errangen 1917 in einer Krise der russischen Na-

¹⁴ ebenda, S. 204 ff.

¹⁵ Domenico Losurdo, *Der Marxismus des Antonio Gramsci*, Hamburg 2000, S. 117

tion deshalb den Sieg, weil sie dem Land einen gangbaren Weg aus dem nicht enden wollenden Krieg aufzeigten. Als einzige Partei waren sie in der Lage, „den Staats- und Verwaltungsapparat wieder aufzubauen und die Nation zu retten.“ Und das gilt nicht allein für Russland: „Das letztendliche Zusammenfallen von nationaler und revolutionärer Sache wird unmittelbar evident, wenn die Revolution nicht in einem imperialistischen Land, wie es das zaristische Russland war, sondern in einem Land kolonialen oder halbkolonialen Zustands ausbricht. Man denke hier besonders an China.“¹⁶ Weitere Beispiele für das enge Wechselverhältnis von sozialer und nationaler Revolution sind Kuba – die Parole der Verteidigung der Revolution lautet dort bekanntlich „Vaterland oder Tod“ – Nicaragua, Bolivien und Venezuela.

Die Verteidigung der nationalen Selbstbestimmung wurde auch angesichts der faschistischen imperialistischen Aggression Deutschlands zur Überlebensfrage der klassenbewussten Kräfte in den betroffenen Ländern. 1935 appellierte George Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale leidenschaftlich an die Revolutionäre, „ihren gegenwärtigen Kampf mit den nationalen Traditionen ihres Volkes in der Vergangenheit zu verknüpfen“, den „nationalen Nihilismus“ zurückzuweisen und „alles, was in der historischen Vergangenheit der Nation wertvoll ist“, kritisch wiederzugewinnen.¹⁷ Dort, wo es die Linke verstand, diesem Rat zu folgen – etwa in Frankreich und in Italien – gelang es ihr, den Kämpfen um die Befreiung vom faschistischen Joch eine soziale Prägung zu geben. Das politische Spektrum in beiden Ländern konnte nach Kriegsende deshalb deutlich nach links verschoben werden.

Heute haben die Bourgeoisien der europäischen Peripherieländer ihre Nationen durch die Auslieferung an die EU in eine unhaltbare Lage gebracht. Als Perspektive bieten sie nur noch die Unterordnung ihrer Länder unter die Macht Kerneuropas an. Es sind die klassenbewussten Kräfte dort, die sich der Verteidigung der Souveränitäten ihrer Länder gegen diese Vormundschaft angenommen haben. In eine unhaltbare Lage hat das deutsche Monopolkapital aber auch die deutsche Nation selbst gebracht, indem sie sie zur Geisel ihres Herrschaftsanspruchs über Europa macht. Es ist die Aufgabe der deutschen Linken, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, damit Deutschland nicht wieder zur „großen Räuberin“ wird, von der Bertolt Brecht sprach!

16 Domenico Losurdo, *Die Deutschen – Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?*, Berlin 2010, S.88f.

17 George Dimitroff, Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, in: Dimitroff, *Ausgewählte Schriften 1933-1945*, Köln 1976, S. 151 f.

Fiskalvertrag: Bremse für Demokratie und Sozialstaatlichkeit

Alexander Ulrich / Anne Karrass (Berlin)

Die faulen Südländer sind schuld an der Eurokrise – so lautet die Argumentation der deutschen Bundesregierung. Damit vermeintlicher Schlendrian die Eurozone künftig nicht mehr gefährdet, drängte die Bundesregierung die anderen Mitgliedstaaten dazu, die haushaltspolitischen Regeln auf der europäischen Ebene zu verschärfen: Zuerst unverbindlich über den Euro-Plus-Pakt, dann sanktionsbewährt über die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts („SixPack“), schließlich sollten sogar die EU-Verträge geändert werden, um noch striktere Regeln aufzustellen. Da Großbritannien sich weigerte und auch Tschechien ausscherte, haben die übrigen EU-Mitgliedstaaten am 2. März dieses Jahres den zwischenstaatlichen „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ unterzeichnet. Wie der Name schon sagt geht es in diesem Vertrag um Stabilität nach dem Prinzip Merkel, d.h. um staatliche „Haushaltsdisziplin“, sowie um eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik – als kleines Zugeständnis für den französischen Wunsch nach einer Wirtschaftsregierung. Ein genauerer Blick in den Vertrag zeigt jedoch, dass er im Kern die deutsche Handschrift trägt.

Haushaltsdisziplin à la Merkel

Die wichtigste Neuerung zu den bestehenden haushaltspolitischen Regeln ist, dass die Unterzeichnerstaaten eine Schuldenbremse einführen müssen: Ihr strukturelles – d.h. um konjunkturelle Einflüsse bereinigtes – Defizit darf künftig nur im Falle außergewöhnlicher Ereignisse oder schwerwiegender Konjunkturabschwünge die Grenze von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) überschreiten. Weicht es (egal aus welchen Gründen) von der Zielmarke ab, wird es automatisch korrigiert, vermutlich durch Ausgabenkürzungen. Damit die Schuldenbremsen nach Wahlen durch neue

Mehrheitsverhältnisse nicht einfach außer Kraft gesetzt werden können, müssen sie in den nationalen Verfassungen oder gleichwertigem Recht verankert werden. Ob dies ordnungsgemäß getan wurde prüft der Europäische Gerichtshof, der bei Nichtbefolgung sogar Bußgelder verhängen darf. Als ob dies nicht schon genug wäre, hat die Bundesregierung zusätzlich für eine Verknüpfung des Fiskalvertrags mit dem Vertrag über den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM gesorgt: Nur diejenigen Länder sollen künftig Geld aus dem ESM erhalten, die den Fiskalvertrag ratifiziert und die Schuldenbremse fristgerecht eingeführt haben.

Der Fiskalvertrag verschärft auch den Stabilitäts- und Wachstumspakt: Zum einen wird das Bestrafungsverfahren für Länder mit einem Defizit von über 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weiter „automatisiert“, d.h. die Europäische Kommission bekommt hier noch mehr Macht, Vorgaben zu machen und Geldbußen zu verhängen. Noch kritischer ist die Regelung, dass diese Länder sowie Länder, deren Gesamtschuldenstand 60 Prozent des BIP überschreitet, gezwungen werden, künftig sogenannte Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme mit Maßnahmen zum Abbau der Verschuldung vorzulegen. Diese Programme müssen von der europäischen Kommission und dem Rat genehmigt und ihre Einhaltung überwacht werden – was nichts anderes heißt, als dass diese beiden Institutionen ein Veto gegen die geplante Haushalts- und Wirtschaftspolitik der gewählten nationalen Parlamente einlegen können!

Staaten, deren Schuldenstand über 60 Prozent des BIP beträgt, müssen überdies künftig nicht nur ausgeglichene Haushalte vorweisen, sondern sogar Überschüsse erzielen! Da in der EU in Folge von Finanzkrise und Bankenrettung die öffentliche Verschuldung auf durchschnittlich 80 Prozent angewachsen, trifft dies fast alle Länder. Nach Berechnungen des DGB kommen auf Deutschland allein in dem Jahr, in dem die Regel das erste Mal greift, zusätzliche Einsparungen von 24 – 30 Mrd. Euro zu!

Europäische Wirtschaftsregierung?

Der Vertrag enthält neben den haushaltspolitischen Vorschriften auch Regelungen zur Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaftspolitik. Dabei handelt es sich jedoch um reine Absichtserklärungen: Die Euroländer wollen sich stärker koordinieren, sich über große Reformvorhaben informieren u.ä. Auch eine verstärkte „Governance der Eurozone“ soll die Koordination verbessern: Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone kommen künftig mindestens zweimal jährlich zu „Euro-Gipfeln“ zusammen und wählen einen eigenen Präsidenten. Das Europäische und die nationalen Parlamente

sollen sich austauschen – nicht mal ein schwacher Trost dafür, dass sie ansonsten völlig außen vor bleiben.

Falsche Diagnose – falsche Therapie

Ein Blick auf die Entwicklung der Staatsschulden in der EU zeigt deutlich, dass die Eurokrise keine Staatsschuldenkrise ist: Explodiert sind die Schulden erst ab 2008, damit sind sie auf die Finanzkrise, die Bankenrettung und die konjunkturstützenden Maßnahmen zurückzuführen. Nicht die Staaten haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern die Banken. Somit müsste die Politik endlich aufhören, mit immer strengeren Selbstbindungen um das Vertrauen der Finanzmärkte zu betteln und sich statt dessen von ihrem Diktat befreien, um dann die wahren Ursachen der Krise, z.B. die Leistungsbilanzungleichgewichte und die ungleiche Vermögensverteilung, anzugehen.

Die von der deutschen Bundesregierung vertretene Fehl-Diagnose führt auch zu einer falschen Therapie. Der Fiskalvertrag trägt nicht dazu bei, die Eurokrise zu überwinden, im Gegenteil: Wenn alle Länder ihre Ausgaben kürzen wird dies die gesamte EU in eine tiefe Rezession stürzen. Der Fiskalvertrag ist überdies eine Gefahr für Sozialstaatlichkeit und Demokratie: Die neuen Vorgaben beschneiden das zentrale Recht der Parlamente, das Haushaltsrecht, in bisher unvorstellbarer Weise. Eine aktive Konjunkturpolitik wird künftig ebenso schwierig sein wie eine gestaltende Finanzpolitik. Die „Automatisierung“ der Korrekturmechanismen zur Einhaltung der Schuldenbremse und im Defizitverfahren bedeutet nichts anderes, als dass die Kommission hier das Sagen hat. Der Genehmigungsvorbehalt von Kommission und Rat gegenüber der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitik gilt künftig für fast alle Euroländer, auch für Deutschland. Und die Kommission wird zum Schuldenabbau sicherlich nicht die Einführung einer Millionärssteuer vorschlagen. Statt dessen drohen Mehrwertsteuererhöhungen, Ausgaben- und Leistungskürzungen, mehr Privatisierungen und ein massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Haushaltsdisziplin à la Merkel (und Sarkozy) ist nichts anderes als die Zerstörung des „europäischen Sozialmodells“! Und auch für den Fall, dass neue Mehrheiten diese Kürzungspolitik einmal in Frage stellen, ist vorgesorgt: Der Fiskalpakt ist nicht einseitig kündbar. Selbst eine verfassungsändernde Mehrheit von zwei Dritteln der deutschen Abgeordneten kann den Vertrag nicht außer Kraft setzen. Dies erfordert die Zustimmung aller Vertragsparteien.

Somit ist klar: Sollte der Vertrag wie vorgesehen bis Anfang 2013 in Kraft sein, wird dies die Krise weiter verschärfen, die Rezession

beschleunigen und zu weiteren unsozialen Kürzungsprogrammen führen – all dies bei deutlich eingeschränkten demokratischen Rechten, eine solche Politik zu verändern. In diesem Jahr steht die Ratifizierung des Vertrags durch die nationalen Parlamente an, im Deutschen Bundestag ist im Mai eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die Ratifizierung kann noch verhindert werden – lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!



Foto: Uwe Hirsch (<http://www.flickr.com/photos/uwehirsch/>)

Zur großen Krise

Annäherung an Probleme und mögliche Lösungsansätze

Alexander Recht (Köln)

1. Überakkumulation und Stagnation

Manche deuten die seit 2007 um sich greifende Krise als Überakkumulationskrise. Sie drückt sich aus in einer durch unkoordiniertes Marktverhalten entstehenden Konkurrenz zu vieler Anbieter, die erst dazu zwingt, in neue Produktionsanlagen zu investieren, so dass immer wieder Überkapazitäten entstehen, die dann weitere Investitionen aufgrund gesunkener Rendite temporär unattraktiv machen, so dass das Wachstum der Ökonomie sinkt.¹⁸

Bezug nehmend auf Keynes und Fourastié wird der Wachstumsrückgang von anderen auch mit zunehmender relativer Sättigung mittlerer und oberer Einkommensgruppen begründet. Von Bedeutung ist selbstredend auch die Ungleichverteilung von Einkommen, die dazu führt, dass Gruppen mit hohem Einkommen zwar in hohem Ausmaß ihren Konsum steigern könnten, dies aber nicht möchten, wohingegen jene mit geringem Einkommen es zwar möchten, aber nicht können. Diese stärker unterkonsumtheoretische Argumentation findet sich auch bei Marx. Die Möglichkeit, Profit nicht nur zu produzieren, sondern auch durch hinreichende Nachfrage praktisch zu realisieren, ist „bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse (...).¹⁹ In jedem der angeführten Fälle stagniert der Konsum, und damit stagnieren auch Investitionen, die konsumabhängig sind.

18 Vgl. Zinn, Karl Georg: *Wie Reichtum Arbeit schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, Köln 2006, S. 72 ff. Unterschiede in den Theorien machen sich daran fest, ob die gesunkene Rendite mit zu hoher Marktanteilskonkurrenz oder damit begründet wird, dass die Wertzusammensetzung des Kapitals stärker steige als die Mehrwertrate.

19 Vgl. Marx, Karl: *Das Kapital*, Dritter Band, MEW 25, S. 254.

2. Reaktionen der Unternehmen

Welche Krisenerklärung auch zugrundegelegt wird: Es bildet sich in jedem Falle eine Konstellation heraus, in der neues anlagensuchendes Kapital bei knappen Anlagemöglichkeiten mit dem bestehenden Kapital um die bestmögliche Verwertung konkurriert. Entweder das hineindrängende oder das herausgedrängte Unternehmen steht dann vor dem Problem, keine produktiven Verwertungsmöglichkeiten mehr zu haben.

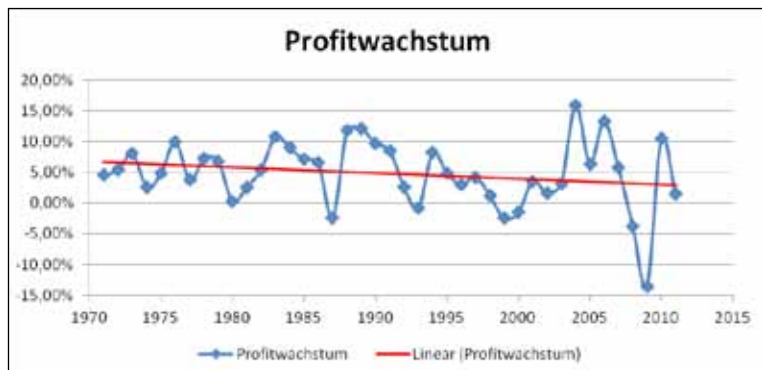
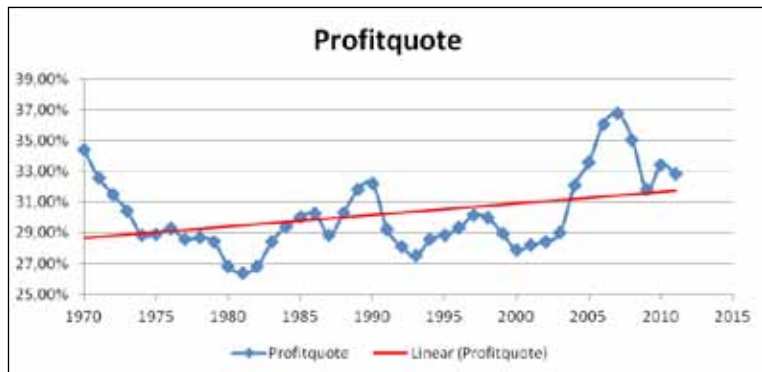
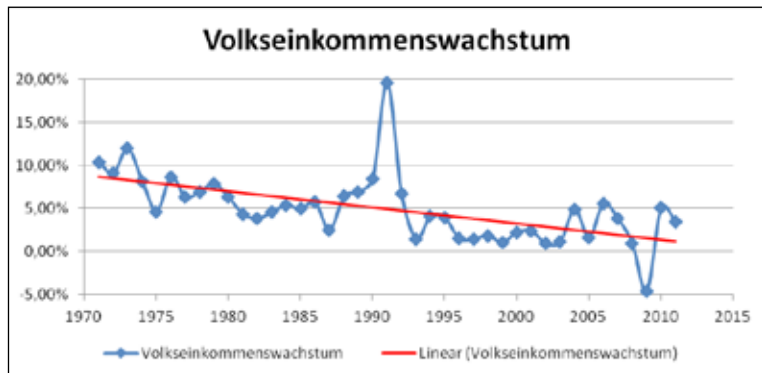
In dieser Situation legen *erstens* Teile solcher Unternehmen Geldkapital nicht mehr in der Produktionssphäre industriell an, sondern verleihen es selbst als zinstragendes Kapital. Lange Zeit war der Unternehmenssektor per Saldo Nettoschuldner, da er im Zuge beschleunigter Kapitalakkumulation zur Finanzierung seiner Investitionen nicht nur auf einbehaltene Gewinne der Vergangenheit zurückgreifen musste, sondern zusätzlich auf Fremdfinanzierung angewiesen war. In Zeiten der Überakkumulation jedoch ist der Unternehmenssektor Nettogläubiger. Seine einbehaltenen Gewinne der Vergangenheit werden nicht in Gänze für reale Investitionen verwendet, sondern auf dem Kapitalmarkt als Leihkapital angeboten. Dies begründet eine Konstellation, in der die reale Produktion schwächer wächst und der Finanzmarkt an Volumen zunimmt.

Zweitens suchen solche Unternehmen ihr Geld in Bereichen anzulegen, die noch nicht gesättigt erscheinen und Aufschwung versprechen, und zwar bevorzugt in Bereichen wie der Immobilienbranche der Jahre 2000 ff., die temporär bedeutsame Wachstumsschübe versprechen – obwohl diese Wachstumsschübe sich als Blase ohne reales Fundament erweisen können. Dabei gibt es für Unternehmen zwei Möglichkeiten der Anlage: entweder als reiner Verleiher überschüssiger Gelder oder als Anbieter der Waren in solchen Branchenblasen.

Drittens trachten solche Unternehmen verstärkt danach, Profite nicht durch Akkumulation, sondern durch Umverteilung von oben nach unten zu erzielen. Hat die Kapitaleseite Erfolg, wird das Problem einer unzureichenden Dynamik noch weiter verstärkt. Eine Ökonomie, deren Investitionen und Konsum wegen Überakkumulation, Sättigung und Ungleichverteilung stagnieren, lässt sich nicht durch Konsumrückgang kurieren – und das gilt auch für die Profite, deren Wachstum ebenfalls rückläufig ist.

Seit den 70er Jahren ist in der Bundesrepublik ein Rückgang des Volkseinkommens zu verzeichnen. Die Unternehmen reagierten durch verstärkte Umverteilung von unten nach oben, so dass die Profitquote als Anteil der Gewinn- am Volkseinkommen der Tendenz nach stieg. Der Effekt sinkender Wachstumsraten des Volkseinkommens überwog jedoch

gegenüber dem Umverteilungseffekt. Die Folge: Die Wachstumsrate der Profite sank langfristig.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.5; eigene Darstellung

3. Staatsschuldenkrise in Europa

Am Anfang steht die Immobilien- und Bankenkrise 2007 in den USA: In deregulierten Finanzmärkten entstanden verbrieft Kreditpakete, deren innere Risikostruktur nur schwer nachvollziehbar war. In stagnativen Zeiten hatte sich mithilfe dieser Finanzierung eine Immobilienblase gebildet, die letztlich platzte.²⁰ Die Folge waren zusammenkrachende Finanzinstitute und Bauunternehmen, steigende Zinssätze, reduzierte Investitionstätigkeit und ein Einbruch der realen Ökonomien, z.B. in der Bundesrepublik mit einem BIP-Wachstum von -5,1% in 2009. Zur Rettung von Banken sowie zur Stützung der Konjunktur forcierten nahezu alle kapitalistischen Hauptländer die Staatsverschuldung. In der EU vollzog sich diese Entwicklung jedoch bei divergenter ökonomischer Entwicklung.

Da der Unternehmenssektor zumeist Nettogläubiger ist, müssen nahezu alle Staaten zur Auslastung des Produktionspotentials durch Verschuldung Nachfrage generieren, die die Ersparnisse der Unternehmen absorbiert. Es gibt jedoch auch bedeutsame Unterschiede. Die Bundesrepublik zeichnet sich bei schwacher Lohnstückkostenentwicklung durch einen trüben Binnenmarkt und Exportüberschüsse aus. Südeuropäische Länder verzeichnen höhere Lohnstückkostensteigerungen und Außenhandelsdefizite.

Dies sei an Griechenland verdeutlicht: Die Haushalte verschuldeten sich 2009 mit 12,1 Mrd. Euro wegen geringer Lohneinkommen. Die griechischen Unternehmen sparten 17,3 Mrd. Euro, da sie wegen unzureichender Nachfrage aus dem In- und Ausland per saldo nicht Kredite aufnahmen, sondern größere Teile ihrer thesaurierten Gewinne verzinslich anlegten. In Summe erzielten Haushalte und Unternehmen Ersparnisse von 5,2 Mrd. Euro. Die Importüberschüsse wegen höherer Lohnstückkostenentwicklung wurden durch Nettokapitalimport aus dem Ausland von 30,8 Mrd. Euro finanziert. Dieses Handelsbilanzungleichgewicht ist maßgebliche Ursache der griechischen Probleme. Denn die Ersparnisse von 5,2 Mrd. Euro + 30,8 Mrd. Euro = 36,0 Mrd. Euro muss der griechische Staat durch Staatsverschuldung absorbieren.²¹

Finanzierungssalden in Deutschland und Griechenland
im Jahre 2009 (in Mrd. Euro)

20 Vgl. Himpele, Klemens / Recht, Alexander: Sparen – nach deutschem Vorbild?, in: Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen Heft 1/2012, S. 56.

21 Ebenda, passim.

| Land | Haushalte | NFKG | FKG | Staat | Ausland |
|------|-----------|------|------|-------|---------|
| BRD | 151,9 | 45,0 | 15,9 | -76,1 | -136,7 |
| GR | -12,1 | 16,7 | 0,6 | -36,0 | 30,8 |

NFKG bzw. FKG = nichtfinanzielle / finanzielle Kapitalgesellschaften

Quelle: Eurostat, Code: nasa_nf_tr; eigene Darstellung

Dabei ist Staatsverschuldung kein prinzipielles Problem; die Schuldenquote sinkt sogar, sofern der Zinssatz kleiner als die Wachstumsrate des BIP ist. Im umgekehrten Falle jedoch kann die Schuldenquote steigen, was für sich genommen noch nicht dramatisch sein muss, jedoch zu größeren Problemen bei sehr hohen Zinssätzen führt. Genau vor diesem Problem steht ein Land wie Griechenland, das sich auf dem Kapitalmarkt finanzieren muss.

Seit Beginn der großen Krise haben subjektive Erwartungen der Kapitalmarktteilnehmer nochmals an Bedeutung zugelegt. Trauen diese in einer schwachen europäischen Gesamtsituation einem Land wie Griechenland nicht hinreichend zu, seine Schuldenlasten durch reales Wachstum zu bewältigen, stufen sie ihre Rückzahlungserwartungen herunter: Der Kapitalwert der Zahlungen sinkt, die Effektivverzinsung steigt empor, und dies führt zu hohen Nominalzinsen bei neu aufgelegten Staatsanleihen.

Griechenland ist daher dazu gezwungen, sich zu deutlich niedrigeren Zinsen als auf dem Kapitalmarkt bei den europäischen Rettungsschirmen zu verschulden – jedoch um den Preis, sich zu schmerzhaften, sozial ungerechten „Sparpaketen“ zu verpflichten. Diese jedoch verstärken die schwache Wachstumsdynamik und verschärfen die Krise.

4. Was tun?

Eine Behebung der Krise muss an den Ursachen der Krise ansetzen: an der Überakkumulation, am Unterkonsum, an der Verlaufsform von Staatsverschuldung, an der ungleichen ökonomischen Entwicklung in Europa.

Die Zurückdrängung von Überakkumulation und Unterkonsumtion bedarf einer Lohnoffensive in allen europäischen Ländern. Beschäftigungspolitisch ist bei Überakkumulation auch Arbeitszeitverkürzung ein notwendiges Mittel.

Die Reduzierung ungleicher Entwicklung setzt höhere Lohnstückkostensteigerungen in der BRD und einen neuen Marshallplan zur Stärkung der Produktivitätspotentiale in Südeuropa voraus. Dieser Marshallplan müsste Bestandteil einer demokratisch abgestimmten expansiven Ausgabenpolitik

in den EU-Ländern und der EU sein, die überdies auch zur Zurückdrängung von Nachfrageproblemen beiträgt.

Um Staatsverschuldung nachhaltig zu ermöglichen und private Investitionen zu fördern, muss die EZB allgemein eine Politik geringer Zinssätze betreiben und müssen monetäre EU-Rettungsschirme für Krisenländer ohne Zwang zur Austeritätspolitik aufgelegt werden. Am besten erfolgte dies durch EZB-Kredite, die jedoch verboten sind. Solange sie dies sind, sind Eurobonds eine sinnvolle second-best-Lösung.

Notwendig ist schließlich auch ein besser reguliertes Finanzgeschehen inklusive Finanztransaktionssteuer.



Putsch unter europäischer Flagge

Fabio De Masi (Berlin)

Die Bundesregierung hat das Kunststück vollbracht, die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg für einen Generalangriff auf Demokratie und Sozialstaat zu nutzen. Die Krise wurde erfolgreich in ein Fiasko der Staatsverschuldung umgedeutet. Die Euro-Rettung rettete nicht Griechen, Iren oder Portugiesen, sondern diente den Interessen der Finanzinstitute, der Vermögensbesitzer und der Exportindustrie. In Italien und Griechenland regiert mit Ministerpräsidenten, die früher auf den Kommandohöhen von Goldman Sachs bzw. der Zentralbank gedient haben, eine nicht gewählte „Finanz-Junta“. Die real existierende EU ist ein „Wettbewerbsimperium“ der europäischen Kernstaaten.

1. Der europäische Kern

Das Vertrauen in Europa war laut Fritz Scharpf, dem Integrationspapst der Sozialdemokratie, eine „Selbsttäuschung“²². Die europäische Integration ist spätestens seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1985) keine Antwort mehr auf die Globalisierung, sondern ihr Verstärker. Die EU ist eine Vertragsgemeinschaft, die über den „acquis communautaire“ (gemeinsamen Besitzstand) der Verträge unabhängig von linken oder rechten politischen Mehrheiten in die nationale Gesetzgebung eingreift. Kern dieser Verträge sind die Binnenmarktfreiheiten des Kapitals (die Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit). Die EU-Verträge lassen sich nur mit der Zustimmung von allen 27 EU-Staaten ändern. Ein einzelner (!) neoliberaler Vetospieler reicht, um Vertragsreformen zu blockieren.

Kritiker der EU-Verträge und der Architektur der Euro-Zone haben seit jeher auf das Defizit einer Währungsunion ohne wirtschaftspolitische

22 MPIFG (2008) „Interview mit Fritz Scharpf, Mitbestimmung (7-8). Bezogen über http://www.mpifg.de/service/pressestelle/Pressespiegel/2008%5C08-07-24_Scharpf_Mitbestimmung.pdf (15.03.2012). Köln: Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung.

Koordination hingewiesen²³. Auch der Autor dieses Beitrags hat sich lange für eine demokratische „gouvernance économique“ und Euro-Keynesianismus stark gemacht bzw. war an der Entwicklung der Positionen der LINKEN zur Euro-Krise – wie der Befreiung der Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten (durch Kredite direkt von der Notenbank) beteiligt. Aber „intelligentes Design“ von Institutionen ersetzt keine Auseinandersetzung mit den realpolitischen Kräfteverhältnissen.

2. European Economic Governance – Der Putsch der „Euro-Retter“

Die mächtigen Spieler wie die deutsche Regierung und in ihrem Windschatten Frankreich vollzogen einen Putsch unter europäischer Flagge: Mit der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, den Verordnungen zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte sowie dem „Euro-Plus-Pakt“ wurde die demokratische und wirtschaftspolitische Souveränität von Euro-Teilnehmern begraben, die Reste des „historischen Kompromisses“ zwischen Kapital und Arbeit hat man einseitig aufgekündigt. Es ist wohl ein einmaliges politisches Experiment, entwickelte Volkswirtschaften bei Aufgabe der nationalen Geldpolitik auch noch der Fiskalpolitik zu berauben.

Der sog. Fiskalvertrag treibt dies auf die Spitze: Er beinhaltet die Verpflichtung auf einen „ausgeglichenen Haushalt“. Die strukturelle (d.h. um die Konjunktur bereinigte) Neuverschuldung darf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen (wenn die Schuldenquote unter 60 Prozent liegt maximal ein Prozent des BIP) betragen. Ausnahmen sind vorgesehen bei außergewöhnlichen Ereignissen (z.B. Naturkatastrophen oder extremen Wirtschaftskrisen). Bei unzureichender Umsetzung in nationales Recht kann die Trio-Präsidentschaft der EU (die drei Länder, die zuletzt bzw. aktuell die Präsidentschaft stellen) ein Mitgliedsland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Dem Land werden dann keine Gelder aus dem permanenten Euro-Rettungsschirm ESM gewährt – was die Risikoprämien auf den Kapitalmärkten anheizt – und es kommt zu automatischen Strafzahlungen von bis zu 0,1 Prozent des BIP. Der Vertrag enthält keine Kündigungsklausel und kann laut geltenden völkerrechtlichen Konventionen nur durch alle Vertragsparteien aufgekündigt werden. Mit anderen Worten:

23 Eine koordinierte Wirtschaftspolitik – etwa im Sinne des von Oskar Lafontaine begründeten Kölner Prozesses – ist nicht gleichzusetzen mit der Aufgabe nationaler Souveränität. Eine Ausgleichsunion, die etwa Außenhandelsungleichgewichte gleichermaßen bestraft (also auch Länder wie Deutschland mit Exportüberschüssen überlässt die politischen Maßnahmen zur Behebung des Ungleichgewichts (z.B. Senkung der Mehrwertsteuer, öffentliche Investitionen oder Mindestlohn) der demokratisch verantworteten Politik in den Mitgliedsstaaten.

Auch eine linke Regierung oder eine verfassungsändernde Mehrheit von zwei Dritteln der deutschen Bundestagsabgeordneten kann den Fiskalpakt nicht abwickeln.

3. Vom Supra-Nationalismus zum Super-Nationalismus

Die Gewerkschaften und der linke Mainstream reagieren bisher zuweilen hilflos auf das wachsende Unbehagen in der Bevölkerung. Sie versuchen sich gegen die Stimmungsmache des Boulevards und der politischen Eliten gegen die Südstaaten aufzulehnen. Dies ist ehrenwert und im Sinne der politischen Aufklärung auch unverzichtbar. Jedoch sollten keine hohen Erwartungen an eine solche Strategie geknüpft werden.

Erstens, europäische Solidarität wird von vielen Menschen als Unterstützung der real existierenden EU bzw. der in Europa praktizierten Politik verstanden. Europäische Solidarität prallt daher an den Menschen ab, wenn ihre unmittelbare Lebenserfahrung mit Europa die Abschaffung der Demokratie, Rentenkürzungen oder Rettungspakete bedeuten.

Zweitens, „Solidarität in einer Klasse“ ist in der Krise schon im nationalstaatlichen Rahmen schwer. Weshalb sollte die Bevölkerungsmehrheit für eine europäische Transferunion bzw. „Umverteilung in einer Klasse“ zu gewinnen sein, wenn es schon kaum gelingt, die Beschäftigten gegen den Niedriglohnsektor oder Hartz IV in Deutschland in Stellung zu bringen.

Zumal der Eindruck vorherrscht, Deutschland sei als Export-Europameister gut durch die Krise gekommen. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen bedeutet eine Transferunion, dass die Lohnabhängigen in Deutschland für die Finanzindustrie und die deutsche Exportindustrie haften, während hohe Vermögen in Griechenland ebenso wie Deutschland unangetastet bleiben.

Diese Entwicklung des europäischen Projekts war sicher nicht vorgezeichnet. Die Antwort auf den „europäischen Putsch“ ist auch nicht die Antithese: Der Rückzug auf den Nationalstaat. Aber die Versuchung in der deutschen Linken ist groß, sich „an den europäischen Traum zu klammern“, statt die politischen Realitäten hinreichend zur Kenntnis zu nehmen: Europa ist keine gewachsener föderaler Staat, sondern ein Staatenverbund. Die Musik in Europa spielt in Berlin, Paris oder London. Und wenn sie im Brüssel spielt oder beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, dann auf dem Klavier des Kapitals (mit Ausnahmen allenfalls im Bereich des Verbraucherschutzes oder der Antidiskriminierungspolitik). Deutschland ist mit der vollen politischen Souveränität seit der deutschen Einheit und dem Aufstieg der deutschen Exportindustrie die unbestrittene Führungsmacht in

Europa. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen bedeutet mehr Europa: Ein Europa der Kernstaaten, weniger Demokratie und die institutionelle Absicherung der „Diktatur der Finanzmärkte“.

Bundeskanzlerin Merkel und die BILD-Zeitung lenken die Empörung der Bevölkerung auf die „kleinen Leute“ in Griechenland ab. Die deutsche Linke muss dagegen die Empörung auf die Verursacher und Profiteure der Krise entfachen, statt wie Don Quichote einfach nur gegen die Windmühlen des Boulevards anzurennen. Dies ist der beste Beitrag zur „Rettung“ Europas. Wenn die Linke das nicht tut, überlässt sie ohne Not den berechtigten Unmut in der Bevölkerung der europäischen Kernstaaten den Rechtspopulisten.

Der Unmut in der Bevölkerung wird sich auch in anti-europäischen Gefühlen niederschlagen. Es besteht daher die Gefahr, dass eine Linke oder Gewerkschaften, die nur noch den europäischen Akzent beherrschen, aber der Ohnmacht gegenüber Europa keine Stimme geben, einen unfreiwilligen Beitrag zur Nationalisierung der Politik leisten. In diesem Sinne führt mehr Supra-Nationalismus zu Super-Nationalismus.

4. Verteilungskampf und Neustart der EU

Politische Selbstverteidigung gegen den Anschlag auf Demokratie und Sozialstaat wird es nicht durch abstrakte Appelle für ein neues Europa geben. Gewerkschaften und politische Linke sollten sich deshalb auf die aktuellen Verteilungskämpfe konzentrieren und dabei auch der verbreiteten EU-Skepsis eine wohl temperierte Stimme geben, statt auf eine allzu ferne Reform der europäischen Institutionen zu spekulieren.

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung wartet neuerdings mit einem kapitalismuskritischen Feuilleton auf und kritisiert die Post-Demokratie in Europa²⁴. Hans Jürgen Urban (IG Metall) hat Recht, wenn er Gewerkschaften und Linken empfiehlt, den Kampf um die nationalstaatliche Demokratie in einem Staatenverbund ohne europäische Öffentlichkeit ernst zu nehmen²⁵. Der Blick ins europäische Ausland zeigt, dass linke Kräfte mit einem realistischen Blick auf die EU und sozialen Kernthemen besser gefahren sind. Dies gilt nicht nur für Süd-, sondern auch Nordeuropa.

24 Schümer, D. (2012) ‚Post-Demokratie: Europa schafft sich ab‘, Frankfurter Allgemeine Zeitung. Bezogen über <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/postdemokratie-europa-schafft-sich-ab-11630285.html> (15.03.2012)

25 Urban, H. J. (2011) ‚Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht‘, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7, S. 77-88.

Überall wo die Linke sich in der Krise befindet, ging dies mit einer politischen und kulturellen Entfremdung von den Lohnabhängigen einher. Wer die sozialstaatlichen und demokratischen Errungenschaften in Europa retten will, muss deshalb den Kampf für die Interessen der Mehrheit in den Mittelpunkt stellen. Über den Umweg nach Brüssel wird dies nicht gelingen.

Der Beitrag ist eine gekürzte und leicht veränderte Fassung eines Beitrags von Ralf Krämer und Fabio De Masi für die Zeitschrift Luxemburg. Die Verantwortung für diese Kurzfassung liegt bei Fabio De Masi.



Siegen lernen

„Wir lehnen ein neoliberales Europa ab“

Interview mit Tiny Kox von der Sozialistischen Partei der Niederlande

Die SP (Socialistische Partij) kommt aus der maoistischen Bewegung. Sie entwickelte sich jedoch zu einer populären Massenpartei, die mit sozialen Themen und der Kampagne gegen die EU-Verträge punktete. Die SP vereint etwa 45 000 Mitglieder (ein genauso hoher Organisationsgrad pro Einwohner würde für Deutschland mehr als 200 000 GenossInnen erfordern). Ihr gehört auch der Ex-Fußballprofi und ehemalige Trainer des FC Porto, Co Adriaanse, an. Er trainiert gegenwärtig den niederländischen Pokalsieger und Vizemeister FC Twente.

Tiny Kox hingegen drückt die Bank jeweils als Fraktionsvorsitzender der SP in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments sowie der Vereinigten Linken (GUE-UEL) in der parlamentarischen Versammlung des Europarates (Straßburg). Die SL sprach mit ihm über die Gründe des Erfolgs sowie die umstrittene Zuwanderungspolitik der SP.



Die SP hat ähnlich der deutschen Linken zunächst einen phänomenalen Aufstieg verzeichnet. Bei den letzten Parlamentswahlen 2010 habt Ihr an Zuspruch verloren, nun weisen Euch Umfragen als die stärkste politische Kraft in den Niederlanden aus. Dies ging mit Verlusten für die Rechtspopulisten einher. Was sind aus Deiner Sicht die Gründe für diese Entwicklung und Eure aktuelle Stärke?

Tiny Kox: Die SP zog 1994 – nach 22 Jahren landesweiter Graswurzelaktivitäten – in das niederländische Parlament ein. Seither stieg die Unterstützung in der Wählerschaft stetig. Dies änderte sich 2010, als wir 25 Mandate einbüßten. Unsere Erfolge haben mit unserer beständigen und aktiven politischen Arbeit zu tun. Unsere Verluste waren darauf zurück zu führen,

dass die Wählerschaft Vertrauen in unsere politische Durchsetzungskraft verlor, nachdem wir 2006 als großer Gewinner der Wahl nicht in die Regierung eintreten konnten. Seit Emile Roemer unsere Fraktion in der zweiten Kammer führt (seit 2010) erfahren wir wieder wachsenden Zuspruch. In den jüngsten Wahlumfragen wurden wir tatsächlich als stärkste Kraft gehandelt. Das hat mit unserer kontinuierlichen Arbeit in der Opposition, in und außerhalb des Parlaments, sowie unseren beständigen Aktivitäten vor Ort zu tun. Wir erhalten insbesondere Zuspruch von Wähler/innen der PvdA – den niederländischen Sozialdemokraten – sowie den Grünen. Die Wählerwanderung zwischen der rechtspopulistischen PVV (Freiheitspartei) und uns hält sich in Grenzen.

Die Niederlande und Deutschland haben viele Gemeinsamkeiten: Etwa eine starke Exportorientierung und eine moderate Lohnpolitik. Das Bündnis für Arbeit in Deutschland, das mehr Jobs durch Lohnzurückhaltung versprach, bezog sich explizit auf das Polder-Modell der Niederlande. Die Rechtspopulisten sind stark und es gibt nach unserer Kenntnis keine starken Krisenproteste. Welche Kernbotschaften habt Ihr in der „Euro-Krise“ vertreten und wie ist Eurer Umgang mit der Europäischen Union?

Kox: Als sozialistische Partei sind wir Internationalisten. Dies hindert uns jedoch nicht die – Anfang der 90er Jahre einsetzende – Entwicklung der EU sehr kritisch zu sehen. Wir waren eine der wenigen linken Parteien, die den Vertrag von Maastricht bekämpft hat, weil dieser Europa einer verheerenden, neoliberalen Entwicklung öffnete. Wir haben auch die Euro-Einführung abgelehnt, weil sie zu früh kam und nicht auf den Wünschen und Interessen der Europäerinnen und Europäer gründete. Wir haben frühzeitig vor der unausgewogenen Entwicklung in der EU gewarnt und die Liberalisierung der Finanzmärkte kritisiert. Auf unsere Initiative hin untersucht die zweite Kammer des Parlaments unter Vorsitz des Abgeordneten Jan de Wit nun die jüngste Krise. Die erste Kammer untersucht – auch auf unser Verlangen – die Auswirkungen von Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung auf unsere Bevölkerung. Wir lehnen ein neoliberales Europa ab und stehen für ein demokratisches, nachhaltiges und soziales Europa.

In den Niederlanden – die in den deutschen Medien als offene und liberale Gesellschaft gepriesen wurden – spielt das Thema Zuwanderung eine große Rolle. Die SP hat sich für ein Burka-Verbot engagiert und auch die Zuwanderungspolitik der SP ist

unter europäischen Linken umstritten. Kannst Du Eure Position erläutern?

Kox: Wir verschließen unsere Augen nicht vor den negativen Effekten der heutigen Arbeitsmigration. Sie führt häufig zur Ausbeutung der zugewanderten Arbeiter und Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen. Statt des liberalen Ansatzes der Arbeitnehmerfreizügigkeit verfolgen wir eine soziale und ökonomische Politik, die Ländern, die nun Arbeiter exportieren, Modernisierung und Entwicklung ermöglicht, um ihre soziale und Beschäftigungssituation zu verbessern. Wir fordern seit langem die Integration „neuer“ Mitbürger in unsere Gesellschaft. Andere linke Parteien hatten einen blinden Fleck für die negativen Auswirkungen, wenn eine Gruppe von Bürgern am Rand der Gesellschaft lebt. Auf unsere Initiative hin untersuchte das niederländische Parlament die Politik der vergangenen Jahrzehnte und kam zu dem Schluss, dass eine Menge falsch lief. Gleichwohl haben viele Zuwanderer, mit der Unterstützung von Niederländern, erfolgreich einen Platz in unserer Gesellschaft gefunden. Wir betonen, dass das Tragen einer Burka in den Niederlanden absolut kein Problem ist. Wir sind gegen ein generelles Burka-Verbot, wir lehnen jedoch Burkas in Schulen und öffentlichen Einrichtungen ab.

DIE LINKE führte in der letzten Zeit erbitterte Auseinandersetzungen über ihren politischen Kurs. Die sozialen Themen bzw. Interessen der Wählerinnen und Wähler spielten kaum noch eine Rolle. Gibt es ähnliche Konflikte in der SP – etwa um die Frage von Regierungsbeteiligungen – und wie ist es gelungen, dass sie Euer Erscheinungsbild nicht dominieren?

Kox: Die SP bereitet nun ihren nächsten Parteitag im Juni 2012 in Breda vor. Alle Gliederungen der Partei sind an der Diskussion über unsere bisherige und zukünftige Politik beteiligt. Es gibt viele Diskussionen, aber auch Einheit in unserer Partei. Der Umstand, dass unsere Abgeordneten einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte an die Partei abführen, hilft uns gute Beziehungen in unserer Partei zu pflegen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Fabio De Masi

Partei der Bewegung: Die „Front de gauche“ im französischen Präsidentenwahlkampf

Felix Syrovatka (Marburg)

„Marseille ist die französischste Stadt unserer Republik!“ Mit diesem Satz begann der französische Präsidentschaftskandidat der Front de gauche, Jean-Luc Mélenchon, seine Rede vor mehr als 120 000 AnhängernInnen am Strand der südfranzösischen Stadt. Marseille, das ist in der öffentlichen Diskussion in Frankreich eher die Stadt, die mit hohem MigrantInnenanteil, Kriminalität und Armut in Verbindung gebracht wird und für die politische Rechte das Musterbeispiel „verfehlter Integrationspolitik“ ist. Dem Selbstbild Frankreichs entspricht Marseille nicht und dennoch sagt dieser Satz sehr viel über Frankreich und den Präsidentschaftskandidaten des linken Bündnisses Front de Gauche aus. Denn während die französische Öffentlichkeit über die französische Identität und Halalfleisch debattiert, während der französische Präsident Nicolas Sarkozy erklärt, dass es „zu viele Ausländer in unserem Land“ gibt, betont Jean-Luc Mélenchon, dass Einwanderung eine Chance und keine Bedrohung für Frankreich ist. Frankreich gehöre allen, die in diesem Land leben, und dies schon seit 2600 Jahren betonte der Kandidat der Front de gauche, mit Blick auf den Gründungsmythos der Stadt Marseille.

Der Auftritt Mélenchons in Marseille war der zweite dieser Art. Schon am 18. März 2012, dem Tag der Pariser Kommune, sprach er am historischen Schauplatz der französischen Revolution, der Place de la Bastille, wo ihm ca. 180 000 Menschen zuhörten. Dieser Tag markierte für den Kandidaten in den Umfragen den Durchbruch und katapultierte ihn mit 15% auf den dritten Platz in den Wahlumfragen. In aktuellen Umfragen meinen über 33% der Befragten, dass er den besten Wahlkampf führe,

womit Mélenchon weit vor seinen Konkurrenten Sarkozy, Le Pen, Hollande und Bayrou liegt.

1. Nach dem Vorbild der deutschen LINKEN

Die Wurzeln des FdG in der Bewegung gegen den europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005. Damals hatte es eine gemeinsame linke Mobilisierung gegeben, an der sich neben Parteien der radikale Linken und linken Gruppen, auch der linke Flügel der sozialistischen Partei (PS, entspricht der deutschen SPD) sowie Gewerkschaften, Mitglieder sozialer Bewegungen (ATTAC etc.) und beteiligten, aber auch BürgerInnen, die bisher nicht politisch aktiv waren. Dieses heterogene Bündnis hatte es geschafft, in die öffentliche Debatte hineinzuwirken und eine Dynamik gegen den Verfassungsvertrag auszulösen, die letztendlich zu einem mehrheitlichen „NON“ im Referendum führte. Nach der katastrophalen Wahlniederlage in der Präsidentschaftswahl 2007, in der die französische Linke als gesplante Formation mit drei verschiedenen Kandidaten antrat und gleichzeitig die PS dem Lissaboner Vertrag zustimmte sowie durch die Wahl von Ségolène Royal zur Präsidentschaftskandidatin weiter nach rechts rutschte, spaltete sich der linke Flügel von der PS ab und gründete, nach dem Vorbild der deutschen Partei DIE LINKE, die Parti de Gauche (PG). Diese sollte nach den Vorstellungen der Parteigründer, Jean-Luc Mélenchon und Marc Dolez, als linke Bewegungspartei dienen und die zersplitterte französische Linke nach dem Vorbild der Kampagne gegen den europäischen Verfassungsvertrag zusammenführen. Diese „gramscianische“ Strategie, die nach der Wahlniederlage von 2007 auch von der PCF mitgetragen wurde, führte zur Gründung des Wählerbündnisses Front de gauche, das sich nicht als Koalition von Parteien, sondern vielmehr als eine Partnerschaft zwischen linken Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen versteht.²⁶

2. „Je suis gramscien!„

In diesem Wahlkampf geht es der Front de gauche nicht unbedingt darum, ein gutes Wahlergebnis zu erreichen, sondern hauptsächlich darum, kulturelle Hegemonie herzustellen, d.h. öffentliche Räume zu erkämpfen, um die eigene Deutungshoheit zu erhöhen und Voraussetzung für die Formierung eines Blocks antikapitalistischer und sozialer Kräfte sowie damit verbundener gemeinsamer politischer Aktionen zu schaffen. So sind die zentralen

26 Teil der Front Gauche ist neben den beiden Gründungsparteien PG und PCF, die Gauche Unitaire, eine Abspaltung der trotzkistischen Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA). Die NPA hat sich klar gegen eine Mitarbeit im Front de gauche entschieden.

Wahlkampfslogans „place au people« (Platz für das Volk) und „prenez le pouvoir« (nehmt die Macht) Ausdruck dieser Strategie, der die Theorie des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci zugrunde liegt. Während die Strategie des „place au people« die Aneignung öffentlicher Räume durch die Menschen und der damit einhergehenden symbolischen Wirkung vorsieht, soll der Slogan „prenez le pouvoir«, die Menschen selbst in die Wahlkampagne einbinden und einen demokratischen Aufstand darstellen, d.h. der Personalisierung des französischen Wahlkampfes entgegenwirken. Wahlen sollen als Ausdruck einer demokratischen Willensbildung aufgewertet werden und für einen wirklichen Bruch mit der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Ordnung mobilisieren. Es ist interessant zu beobachten, wie dabei immer wieder auf die Französische Revolution von 1789 rekurriert wird. So wurde die erste Großveranstaltung am 18. März auf der Place de la Bastille, unter dem Motto „marche pour la VIe République« (Marschieren für die 6. Republik) veranstaltet. Damit wurde neben der Symbolik eines Neuanfangs, auch die Verknüpfung der in der französischen Linken stark verankerten Idee einer sozialen Republik mit der Notwendigkeit eines fundamentalen Bruchs sowie einem progressiven, demokratisch-egalitären Gesellschaftsentwurf geschaffen. Diese Verknüpfung des „place au people« mit einem Klassenstandpunkt hat es geschafft, Deutungshoheiten über bestimmte und wichtige Diskurse in diesem Präsidentschaftswahlkampf zu bekommen und so den Kandidaten der PS, Francois Hollande zu zwingen, bei bestimmten Themen auf die Position der FG zuzugehen, was für ihn wiederum eine zukünftige Allianz mit dem rechten Francois Bayrou nahezu unmöglich macht. Es sind vor allem Positionen zum Mindestlohn und für eine Besteuerung von hohem Einkommen, aber auch für eine Neuverhandlung der europäischen Verträge und des „Fiskalpaktes“, bei denen Mélenchon erfolgreich inhaltliche Pflöcke einziehen konnte.

3. „L'humain d'abord„

In dem Programm der FG, mit dem Namen „L'humain d'abord« (Die Menschen zuerst), wird offensiv die Eigentumsfrage gestellt und „Gerechtigkeit durch Umverteilung“ eingefordert. Die Vorschläge nach einer Erhöhung des Mindestlohnes auf monatlich 1700 Euro brutto, die Einführung einer Lohnobergrenze in Höhe des Zwanzigfachen des Mindestlohnes (knapp 360 000 Euro), sowie die Rückkehr zum Rentenanspruch ab 60 Jahren, ein Recht auf niedrige Mieten, Einführung einer Gemeinschaftsschule und die Wiedereinführung der 35-Stunden-Woche stoßen auf eine breite

Zustimmung in der Bevölkerung. Gleichzeitig sieht das Programm der FG eine Abgabe für Finanzeinkommen der Betriebe vor sowie eine Reform für ein gerechteres Steuerrecht. Mélenchon will das Parlament stärken und ein Ende der seit Charles de Gaulle bestehenden „Präsidialmonarchie“ der Fünften Republik. Ihr folgen soll eine Sechste Republik, die keinen Präsidenten mehr kennt. So hat Mélenchon schon angekündigt, im Falle seines Sieges den Schlüssel des Präsidentenpalastes Elysée, in die Seine zu werfen.

Eine zentrale Rolle im Programm der FG nimmt die „planification ecologique“ (ökologische Planung) ein. Sie stellt eine linke Gegenstrategie zur zusammenhängenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Krise dar. Neben einem Ausstieg aus der Kohleenergie soll es im Anschluss an eine breite Debatte auch ein Referendum über die Kernenergie geben. Gleichzeitig sieht das Programm einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, eine ökologische und soziale Wohnungspolitik sowie eine Enteignung der Energiebetriebe sowie eine gleichzeitige Regionalisierung der Energieversorgung vor. Neben der staatlichen Förderung von erneuerbaren Energien auch soll eine neue Verkehrspolitik zu einer radikalen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes führen.

Mit Blick auf die Krise der Europäischen Union versucht die FG eine radikale Alternative zu formulieren, indem sie den Lissaboner Vertrag neu verhandeln, die Unabhängigkeit der EZB beenden und den freien Waren- und Kapitalverkehr in Europa einschränken will. Mélenchon forderte im Wahlkampf, anstatt einer „Schuldenbremse“ vielmehr eine Klausel gegen Rückschritte in sozialen und ökologischen Bereichen festzuschreiben. Diese fortschrittliche Strategie in der Europapolitik setzt auf Brüche mit der herrschenden Ordnung, ohne das Land in die Isolation zu führen. Sie zielt in Zusammenarbeit mit anderen progressiven Bewegungen auf eine Transformation zu einem friedlichen, ökologischen, solidarischen und demokratischen Europa für alle.

4. „Seid der Krater der Revolution, der ganz Europa ansteckt“

Jean-Luc Mélenchon und die FG haben es in diesem Präsidentschaftswahlkampf geschafft, in die öffentliche Auseinandersetzung zu eingreifen und darüber hinaus, eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Sie haben es geschafft, den Druck von links auf Francois Hollande soweit zu erhöhen, dass dieser sich zum Handeln gezwungen sah und Anpassungen seines Wahlprogrammes vornahm. Und auch ihrem Ziel, die französische Linke zu einen, sind sie ein Stück näher gekommen. So sind viele Mitglieder der NPA

ins Lager von Mélenchon gewechselt, kürzlich haben sogar drei führende Funktionäre der Partei, offiziell ihre Unterstützung für die Front de gauche erklärt. Es wird daher interessant werden, was nach der Präsidentschaftswahl passieren wird. Jean-Luc Mélenchon hat es selbst schon zu seinen Zuhörern in Besancon gesagt: „La Gauche est de retour!“ – Die Linke ist zurück!



Der Erfolg der Piraten – Herausforderung für DIE LINKE

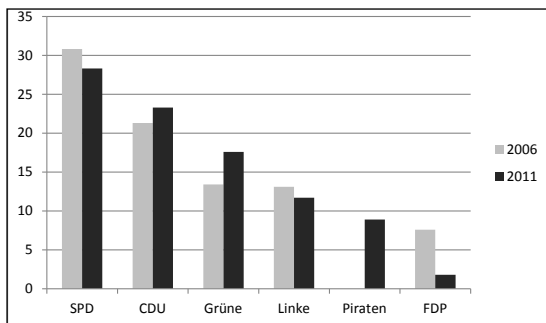
Lucia Schnell (Berlin)

1. Protestpartei Piraten

Die Piraten sind bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 aus dem Stand auf fast 9 Prozent gekommen und damit die größten Wahlgewinner. Das verlangt nach Erklärung. Bodo Ramelow bietet eine an: Für ihn zeigt der Piraten-Erfolg, dass auch DIE LINKE „endlich begreifen“ müsse, „dass es nichts hilft, ein analoges Programm zu haben, aber digital keine Ahnung zu haben“.

Dass sich der Piraten-Erfolg ihrer Online-Präsenz verdankt, geben die Zahlen jedoch nicht her. Die Piraten, heißt es bei der Forschungsgruppe Wahlen, würden zu 80 Prozent „aus Unzufriedenheit mit den anderen Parteien“ und nur zu zehn Prozent „wegen der Inhalte“ gewählt. Dennoch sind sich die Analysten weitgehend einig, dass dies ein linker Protest war – auch gegen bürgerliche Grüne und eine als zahnlos wahrgenommene LINKE in Regierungsverantwortung.

Die Rolle der Protestpartei gegen die „etablierten Parteien“ ist in Berlin auf die Piraten übergegangen. Bei der Bundestagswahl 2009 hatte diese Rolle noch DIE LINKE inne. Knapp 350.000 Berlinerinnen und Berliner – mehr als 20 Prozent – wählten



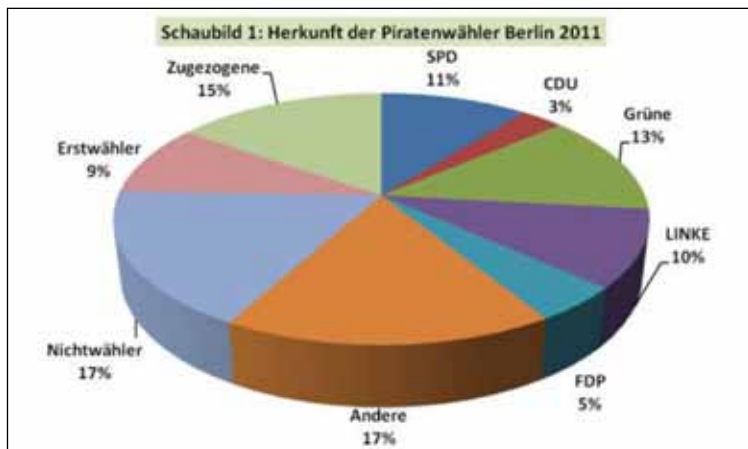
Zweitstimmenergebnis der Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2011

links – darunter viele Nichtwähler und unzufriedene SPD- und Grünen-Wähler. Im Vergleich dazu erzielten die Piraten mit 3,4 Prozent ein noch eher mageres Ergebnis. Diesmal gewannen die Piraten außerordentlich viele Nichtwähler. Sie schnitten mit 13 Prozent überdurchschnittlich bei den Erwerbslosen ab, mit 11 Prozent bei Arbeitern und mit 14 Prozent bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und bei Angestellten (10 Prozent). Schließlich sind die Piraten mit linkem Profil in den Wahlkampf gegangen, haben für den Mindestlohn, das Wahlrecht für Migranten und gegen die Geheimverträge zur Wasserprivatisierung plakatiert.

2. Leitthema „Soziale Gerechtigkeit“

Die Piraten profitierten davon, dass das wichtigste Thema mit 36 Prozent „soziale Gerechtigkeit“ eine Leerstelle bei den anderen Parteien war. Die regierenden Parteien SPD und LINKE konnten das Thema soziale Gerechtigkeit aufgrund ihres jahrelangen Sparkurses wenig glaubhaft besetzen. Die SPD verlor 14.000 Stimmen an die Piraten, vor allem junge Wähler. 13.000 Wählerinnen und Wähler der LINKEN wählten diesmal die Piraten, die in den Ostbezirken Ergebnisse über ihrem Schnitt erzielten.

Die Grünen haben von allen Parteien am stärksten Stimmen an die Piraten verloren. Die grüne Spitzenkandidatin Renate Künast wollte am Sparkurs festhalten und hatte in Schröders Hartz-IV-Kabinett gedient. Sie liebäugelte mit Grün-Schwarz, um Bürgermeisterin zu werden. Dies hat



Grafik: Horst Kahrs, Piraten auf Level 3, h.kahrs 2011 (Zahlen nach Infratest dimap)

die Grünen-Basis demoralisiert und potentielle Wähler in Scharen zu den Piraten getrieben. Aus Frust über den bürgerlichen Künast-Kurs initiierten linke Grünen-Mitglieder zum Beispiel eine Internet-Kampagne unter dem Motto „Grüne wählen diesmal Piraten“.

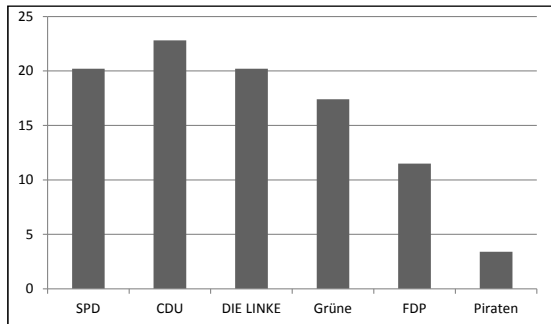
3. LINKE haftet für Rot-Rot

DIE LINKE hat nicht nur ihr Wählerpotential in Berlin nicht ausgeschöpft, sie hat nach den herben Verlusten von 2006 ein weiteres Mal verloren. DIE LINKE ist auf Landesebene von 22,6 Prozent im Jahr 2001 auf 13,4 Prozent im Jahr 2006 und auf 11,7 Prozent 2011 abgesackt. Sie hat damit ihre rund 366.000 Stimmen aus dem Jahr 2001 auf 183.000 Stimmen im Jahr 2011 halbiert. Der Versuch, sich nach zehn Jahren Verantwortung in der Regierung im Wahlkampf als Oppositionspartei darzustellen, war nicht glaubwürdig. Die Wahlkampfstrategie, sich im Wesentlichen als linkes Korrektiv der SPD darzustellen, ist gescheitert. Vielmehr wurde DIE LINKE, und das nicht zu Unrecht, für die schlechte soziale Gesamtbilanz des rot-roten Senats in Mit-Haftung genommen.

Zehn Jahre Regierungsbeteiligung haben die LINKE auf die Senatspolitik und die Parlamentsfraktion ausgerichtet und die Mitglieder im Wahlkampf demoralisiert. „Alle wichtigen stadtpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre wurden von linken, fortschrittlichen Bewegungen initiiert und richteten sich stets auch gegen den rot-roten Senat und Zustände, die dieser entweder mit hervorgerufen oder nicht verhindert hat. Forderungen der Wahlplakate konterkarierten mit realen Protesten gegen die Politik des Berliner Senats,“ heißt es in der Wahlauswertung der LINKEN. Neukölln.

Die Führung der Landespartei hat viele Chancen, sich auf Seiten der berechtigten Proteste der Berliner Bevölkerung zu positionieren, nicht wahrgenommen. Schüler, Eltern und Lehrern demonstrierten vor den Wahlen gegen die Situation an Schulen und Kitas. Mieter gingen gegen steigende Mieten und Verdrängung aus der Innenstadt auf die Straße. Die Beschäftigten der Charité streikten für höhere Löhne. Meist engagierten sich viele Basismitglieder auf der richtigen Seite der Barrikade, die Landesführung nahm in den meisten Konflikten Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD. Wer der Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften und Mietsteigerungen im sozialen Wohnungsbau zustimmt, kann im Wahlkampf noch so viel für bezahlbaren Wohnraum plakatieren – geglaubt wird ihm nicht.

Eklatant war die Koalitionstreue beim Wasservolksbegehren, gegen das sich die Berliner Parteispitze im Unterschied zum Parteivorstand auf Bundesebene und einigen Berliner Bezirksverbänden offen stellte mit verheerenden Folgen für die öffentliche Wahrnehmung der LINKEN und die Moral der Parteimitglieder. Diese Rücksicht auf die Privatisierer in der SPD war umso erschreckender, da DIE LINKE bzw. zuvor die PDS gegen die Wasserprivatisierung gewesen war. Am 13. Februar stimmten 666.000 Berlinerinnen und Berliner, d.h. über 98 Prozent für eine Offenlegung der geheimen Teilprivatisierungsverträge des Berliner Wassers. Das sind mehr Menschen, als im Jahr 2006 die Regierungsparteien SPD und LINKE insgesamt gewählt haben.



Berliner Wahlergebnis der Zweitstimmen
bei den Bundestagswahlen 2009

Im Ergebnis trauten sich viele Parteimitglieder, die im Bundestagswahlkampf aktiv waren, diesmal nicht, Werbung für DIE LINKE zu machen. Der Jugendverband Linksjugend [solid] weigerte sich aufgrund der miserablen Bildungsbilanz des Senats, zur Wahl der LINKEN aufzurufen. Der Studierendenverband linke.sds beteiligte sich am Wahlkampf nicht als Verband, sondern nur einzelne Studierende. Kein Wunder, dass die Piraten mit 16,8 Prozent ihr bestes Ergebnis unter den unter 25-Jährigen erzielen konnte. DIE LINKE ist dagegen laut Amt für Wahlstatistik „eine Partei der älteren Wähler“ -.

4. Die Piraten auf bundesweitem Höhenflug

Die Berlin-Wahl war der Beginn des Durchbruchs der Piraten. Die Umfragen schnellten auf 10 Prozent bundesweit. Bei den Landtagswahlen im Saarland schaffte die Partei aus dem Stand heraus 7,4 Prozent – und das ohne einen stehenden Parteiparat und größere finanzielle Ressourcen. Wie in Berlin greifen auch hier die Analysen zu kurz, die den Erfolg der Piraten lediglich mit dem Thema Netzpolitik erklären wollen. So gaben 40

Prozent der Piratenwähler im Saarland an, „soziale Gerechtigkeit“ sei ihnen am wichtigsten gewesen, nur 27 Prozent nannten hingegen Netzpolitik. Außerdem gaben 94 Prozent der Piratenwähler an, die Partei sei eine gute Alternative für Nichtwähler. Zudem meinten 84 Prozent, die Piraten seien eine gute Alternative zu den etablierten Parteien. Und 83 Prozent hoffen, dass die Piraten dafür sorgen, die Politik offener und transparenter zu machen.

Laut ARD-Deutschlandtrend vom 5. April 2012 hat von den gegenwärtig 3,3 Millionen potenzieller Piraten-Wähler ein Drittel an der letzten Bundestagswahl gar nicht teilgenommen. Den größten Zuwachs erhält die Partei von der FDP. Rund 600.000 ehemalige Liberalen-Wähler würden jetzt für die Freibeuter stimmen. Eine halbe Million Stimmen kommt von der LINKEN, 400.000 von der SPD, jeweils etwa 250.000 von Union und Grünen. Das Fazit der Meinungsforscher: „Den Piraten gelingt es, die Unzufriedenen einzusammeln – sowohl jene, die bei der letzten Wahl zu Hause geblieben sind, als auch jene, die von den bisher gewählten Parteien, vor allem der FDP und der Linken, enttäuscht sind.“

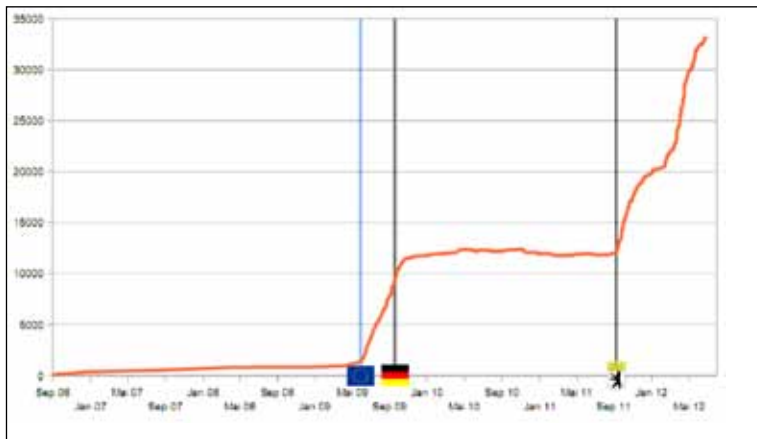
Mitgliedern und Anhängern der LINKEN dürfte die Dynamik, die die Piraten jetzt entfalten, bekannt vorkommen. Es ist der gleiche Prozess, der DIE LINKE in zahlreiche westdeutsche Landesparlamente brachte und ihr im Jahr 2009 ein herausragendes Bundestagswahlergebnis von 11,9 Prozent bescherte. DIE LINKE wurde damals als Alternative zu den Etablierten wahrgenommen und gewann als einzige Partei massiv Nichtwählerstimmen. Die Mehrheit erklärte, aus Protest für DIE LINKE gestimmt zu haben, nur eine Minderheit gab an, eine tiefere politische Bindung zu haben. Genau diese Protestwähler verliert die Partei jetzt wieder. Sie gehen entweder gar nicht mehr wählen oder stimmen für die Piraten.

5. Männlich, ledig, jung

Die Piraten drücken eine diffus-linke, soziale Proteststimmung aus. Das ist relativ unabhängig davon, welche Positionen sie vertreten. Die sind nämlich im Zweifel eher liberal, aber nicht immer links. Die Piraten werden geeint durch das Thema Netzpolitik, sind ansonsten aber politisch heterogen – von libertären Anarchisten bis zu CDU-Hintergründen (zum Beispiel beim amtierenden Bundesvorsitzenden Sebastian Nerz) ist bei den Piraten alles dabei.

Gegründet wurden die Piraten schon 2006. Von der Struktur her besteht die Partei mehrheitlich aus männlichen Studenten zwischen 20 und 30 – spiegelt also in etwa das soziologische Profil der Computeraktivistenszene rund um den Chaos Computer Club wieder. Ihr Erweckungserlebnis war der Kampf gegen „Zensursula“ von der Leyen und ihr

Zugangerschwerungsgesetz im Jahr 2009. Die Kampagne gegen Internetzensur und Vorratsdatenspeicherung machte die Piraten zum ersten Mal einem breiteren Publikum bekannt. In Folge der Kampagne stiegen auch die Mitgliederzahlen der Piraten: Gegründet mit 52 Mitgliedern, waren es zu Beginn der „Zensursula“-Kampagne 870 Mitglieder. Nach der Bundestagswahl und knapp ein Jahr später im Januar 2010 schon über 11.500. Danach stagnierte die Zahl, ein neuer Schub kam mit dem Berliner-Wahlkampf und dem guten Ergebnis.



Quelle: Mitgliederentwicklung der Piraten: <http://wiki.piratenpartei.de/>
 Datei:Mitgliederentwicklung.png (Stand: 10. Juli 2012)

6. Links?

Nerz' Slogan, die Piraten seien „weder links noch rechts, sondern vorn“ ist griffig – doch zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan und zur Eurokrise gibt es keine Position. Der Afghanistan-Einsatz wird kritisch gesehen, über einen Rückzug ist man sich aber nicht einig. Zur Eurokrise – dem Thema, das viele Menschen bewegt- sagte die Partei, dass ihr der Hintergrund fehle, dazu eine Position zu vertreten. Dies wird von den Wählerinnen und Wählern aber offenbar als „ehrlich“ honoriert. Während die Partei sich gegen Überwachung im Internet positioniert, hoben in Berlin-Neukölln die Bezirksverordneten der Piraten ihre Hand mit CDU und SPD für privaten Wachschutz an Schulen. Obwohl der Vorsitzende Nerz Mindestlohn und Grundeinkommen noch letztes Jahr in alter CDU-Diktion mit dem Wunsch

nach „DDR-Verhältnissen“ verglich und darin die „Grabenkämpfe des 20. Jahrhunderts“ sah, stimmte der Parteitag im Dezember 2012 dafür – vielleicht eine Linkswende?

Das Konzept der „Sozialpiraten“ ist alles andere als sozial oder links: Alle sollen eine Mehrwertsteuer von 20 Prozent und 45 Prozent Einkommenssteuer zahlen. Das riecht nach CDU und trifft Geringverdiener. 440 Euro Grundeinkommen für jeden klingt toll, bedeutet aber unterm Strich weniger als Hartz IV und eine Einladung an Unternehmen, Niedriglöhne zu zahlen.

Auch Sparpolitik lehnen die Piraten nicht ab. Die Saar-Piraten bekennen sich im Wahlprogramm eindeutig zur Schuldenbremse im Grundgesetz. Diese wird von den etablierten Parteien genutzt, um massive Sozialkürzungen zu rechtfertigen. Im Piraten-Programm heißt es sogar: „Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung hat für uns unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik oberste Priorität“. Gelder müssten, argumentieren die Piraten, vor allem in der Verwaltung eingespart werden, um diese effizienter zu organisieren. Das ist nur eine andere Formulierung für Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Insgesamt ist die Partei strategisch nicht festgelegt. Überlegungen darüber, ob sie ihre Ziele über das Parlament, durch außerparlamentarische Bewegungen oder die Veränderung des individuellen Verhaltens erreichen wollen, stecken noch in den Kinderschuhen. Dabei zielen zahlreiche ihrer Forderungen darauf, die Macht der Konzerne zu brechen. Diese Forderungen sind nur durch große Mobilisierungen durchzusetzen.

Doch zumindest ein Teil der Partei strebt eine Regierungsbeteiligung an und will gar keine Protestpartei sein. Ihr Bundesvorsitzender Sebastian Nerz sagte nach der Saarlandwahl: „Wir wollen langfristig Politik in Regierungen gestalten und nicht als Protestpartei beschrieben werden. Das Interesse der anderen Parteien ist groß. Da gibt es intensive Gespräche.“

Neben der politischen Unbestimmtheit ist ein weiteres Problem der Piraten ihre flächendeckende Strukturlosigkeit: Sie sind weitestgehend eine Papier- und Online-Partei ohne lokale Gliederungen. Geschäftsführerin Marina Weißband spricht es offen aus: „Wir haben das Geld einer 0,2-Prozent-Partei, Programm und Struktur einer 2-Prozent-Partei – aber an uns werden die Erwartungen einer 12-Prozent-Partei gestellt.“

7. Herausforderungen für DIE LINKE

Die weitere Entwicklung der Piraten ist also offen. Es ist durchaus denkbar, dass sie aufgrund der zahlreichen ungelösten Widersprüche noch vor der Bundeswahl wieder abstürzen – auch die Grünen konnten ihr Nach-Fukushima-Hoch nicht halten.

Absehbar ist auf jeden Fall, dass SPD und Grüne im kommenden Jahr behaupten werden, dass jede Stimme für die Piraten – und natürlich auch für DIE LINKE – ein mögliches rot-grünes Regierungsbündnis in Gefahr bringe. Da viele Piratenwähler gerne die schwarz-gelbe Koalition beenden wollen, kann diese Kampagne durchaus Druck aufbauen.

Doch es ist ebenfalls möglich, dass sich die Piraten langfristig etablieren und mit der LINKEN um diejenigen konkurrieren, die den rot-grünen Heilsversprechen misstrauen. Eine Herausforderung stellen die Piraten allemal dar. Ihre Existenz ist eine deutliche Kritik an dem Stil und der Gleichförmigkeit des Politikbetriebs, von dem sich auch DIE LINKE zu selten abhebt.

Die Krise der LINKEN hat ihre Ursache nicht im Aufstieg der Piraten. Doch der Aufstieg der Piraten gibt Hinweise darauf, dass Anpassung an den herrschenden parlamentarischen Betrieb nicht belohnt wird. Unangepasster, sozialer Protest hat Anziehungskraft. Junge Menschen wollen eine Partei, in der man leicht mitmachen kann und in der Basisdemokratie groß geschrieben wird. Dass DIE LINKE auch unter jungen Menschen punkten kann, zeigte Janine Wissler als junge, linke Oberbürgermeisterkandidatin in Frankfurt am Main, die über 10 Prozent bei Jungwählerinnen und –Wählern holte bei einem insgesamt eher moderaten Wahlergebnis von 3,8 Prozent aufgrund eines polarisierten Wahlkampfs zwischen SPD und CDU.

Die Piraten haben einen Wahlkampf ohne Parteiapparat geführt, im Wesentlichen über Netzwerke und Basisaktivierung der Mitglieder und über die Mitgliedschaft hinaus. Ähnliche Konzepte hat DIE LINKE im Rahmen des „Aktiv-Wahlkampfs“ 2009 auch entwickelt – es wäre an der Zeit, diese Konzepte im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 wieder in der Partei zu verankern.

DIE LINKE hat einige Trümpfe in der Hand, die sie in der Konkurrenz mit den Piraten ausspielen kann: Die Analyse, dass die Gesellschaft zwischen Reich und Arm, zwischen Kapital und Arbeit gespalten ist, und die Tatsache, dass sie Position für die Lohnabhängigen bezieht. Aus einem solchen Klassenstandpunkt folgen dann politische Positionierungen, zum Beispiel zum Mindestlohn und zum Afghanistankrieg.

Außerdem benennt DIE LINKE die Ursachen gesellschaftlicher Probleme: Es ist nicht der Machtmissbrauch einzelner Konzerne, sondern der Kapitalismus als Ganzes. Daraus folgt eine Strategie, die auf Gegenmacht setzt, auf soziale Bewegung und Klassenkämpfe. DIE LINKE sollte ihre nach innen gewendeten Personalquerelen überwinden und daran arbeiten, sich in den kommenden sozialen Protesten zu engagieren. So kann sie deutlich machen, dass Aktivitäten gegen die herrschenden Verhältnisse nach wie vor ihr Kerngeschäft sind.

Lucia Schnell ist aktiv in der LINKEN in Berlin und Mitglied des BundessprecherInnenrats der Sozialistischen Linken.



Antimuslimischen Rassismus offensiv kontern!

Wie Rechtspopulisten verhindert werden können

Marwa Al-Radwany (Berlin) und Christine Buchholz (Offenbach / Berlin)

Rechtspopulistische Parteien sind in vielen Ländern – nicht aber in Deutschland – erfolgreich, weil sie die Unzufriedenheit über selbstherrliche Politikerkasten und deren inhaltsleere Wahlkampfphrasen aufgreifen und dem eine *angebliche* „Bürgerbewegung“ entgegensetzen. Ihr Pseudo-Antikapitalismus gegen globale ‚Heuschrecken‘, gegen die Euro-Bürokratie, gegen den Solidarpakt und für eine protektionistische Nationalökonomie und Wohlstandschauvinismus setzt bei Abstiegsängsten der Mittelschicht an. So nennt sich z. B. die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei SVP „Partei des Mittelstands“ und die Partei „Die Freiheit“ widmet sich in ihrem Berliner Programm der „Stärkung des Mittelstandes“.

Bei vielen der neueren rechtspopulistischen Parteien spielt Antisemitismus als ideologische Basis nicht die entscheidende Rolle; der wichtigste Katalysator für den Erfolg von Rechtspopulisten ist der als „Islamkritik“ getarnte Rassismus: Die großen Wahlsiege der west- und nordeuropäischen Rechtspopulisten wurden allesamt durch die erfolgreiche Mobilisierung irrationaler antimuslimischer Ängste erzielt. Rechtspopulisten zeigten sich mobilisierungsfähig bei zahlreichen Demonstrationen gegen Moscheebauten, bei der Volksabstimmung gegen Minarette in der Schweiz oder bei den politischen Initiativen für ein Burka-Verbot in Belgien und Frankreich.

Die LINKE sollte rassistische Parolen klar und unmissverständlich kontern. Jedoch sollte es ihr zukünftig besser als bisher gelingen, den Menschen aufzuzeigen, dass die Antwort auf die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Folgen in einem gemeinsamen, solidarischen und internationalistischen Kampf für eine menschenwürdige Gesellschaft, gerechter Verteilung und wirklicher Demokratie liegt. Natürlich sollte DIE LINKE die Abstiegsängste des alten und neuen Mittelstands ernst nehmen. Die Zielgruppe

der LINKEN ist aber nicht primär der Mittelstand. Historische Erfahrungen zeigen, dass nur eine starke und selbstbewusste Arbeiterbewegung den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Zwischenschichten eine Perspektive jenseits der Verteidigung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse aufzeigen kann. Das Hauptaugenmerk der LINKEN sollte der Formulierung der Klasseninteressen der breiten Masse von Lohnabhängigen gelten, in ihrem Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten. Politische Alternativen werden erst erfahrbar und sinnhaft in gelebten Auseinandersetzungen und in sozialen und politischen Klassenkämpfen.

Von großen Teilen der europäischen und deutschen Linken gab es bisher keine entschiedene Antwort auf das Vehikel des Erfolgs der neuen Rechtspopulisten: den kulturell argumentierenden Rassismus in Gestalt der Islamfeindlichkeit. Diese historisch neue Form des Rassismus wurde – außerhalb von muslimischen Gemeinden und wissenschaftlichen Expertenzirkeln – jahrelang ignoriert, verharmlost oder unterschätzt. Das liegt zum Teil auch daran, dass Islamfeindlichkeit häufig unter dem Vorwand der Aufklärung, dem Kampf für Laizismus oder für Frauenrechte betrieben wird.

Tatsächlich hat die Islamfeindlichkeit die Funktion des Antisemitismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts übernommen. Wolfgang Benz, ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin schreibt: *„Die Parallelen von Antisemitismus und Islamfeindschaft sind unverkennbar: Mit Stereotypen und Konstrukten, die als Instrumentarium des Antisemitismus geläufig sind, wird Stimmung gegen Muslime erzeugt. Dazu gehören Verschwörungsfantasien ebenso wie vermeintliche Grundsätze und Gebote der Religion, die ins Treffen geführt werden. Die Wut der Muslimfeinde ist dem alten Zorn der Antisemiten gegen die Juden ähnlich; die Verabredung einer Mehrheit gegen das eine oder andere Kollektiv der Minderheit, das als solches ausgegrenzt wird, ist gefährlich, wie das Paradigma der Judenfeindschaft durch seine Umsetzung im Völkermord lehrt.“*²⁷

Im Jahr 1880 gab es eine reichsweite Kampagne in Deutschland mit dem Ziel, Juden ihre bürgerlichen Rechte abzuerkennen. 265 000 Unterschriften wurden gesammelt, in der Mehrheit von Lehrern, Beamten und Priestern, also der Mittel- und Oberschicht. Ein Jahr zuvor schrieb Heinrich von Treitschke, Reichstagsabgeordneter und Geschichtspräsident, einen Aufsatz, der mit Worten endete, die zu trauriger Berühmtheit gelangten:

27 Wolfgang Benz, Einführung zur Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“, S. 9/10, in: Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“ hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 2009.

„Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf (...) ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!“

Damals wie heute wird Rassismus gegen eine religiöse Minderheit geschürt. Und so wie damals ist es auch heute nicht „der rechte Rand“ oder „die ungebildete Unterschicht“, die (antimuslimischen) Rassismus primär vertritt, sondern Kanzlerin Angela Merkel mit ihrem Gerede von „christlich-jüdisch-abendländischen Werten“, das ehemalige Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin oder diverse SPIEGEL-Kommentatoren. Es sind Ideologen der herrschenden Klasse, die den neuen Rassismus gezielt zur Spaltung der unteren Klassen einsetzen, als Ablenkungsmanöver gescheiterten Krisenmanagements und ideologische Unterfütterung imperialistischer Kriege: in den Massenmedien, unter Intellektuellen und in der Politik.

Soziale Kämpfe statt Antirassismus?

Häufig werden der Kampf gegen Rassismus und der Kampf gegen soziale Ungleichheit nebeneinandergestellt, statt als *verschiedene Seiten eines Klassenkampfes* gesehen.

Für viele Linke gilt der explizite Kampf gegen Rassismus als überflüssig, wenn nur der Kampf für soziale Rechte gut geführt wird. Ein Beispiel dafür ist die Sozialistische Partei der Niederlande. Ihr Generalsekretär Hans van Heyningen erklärt: *„Im Vergleich zu anderen linken Parteien in Europa konzentriert sich die Sozialistische Partei der Niederlande auf soziale und wirtschaftliche Themen (...). Wir beschäftigen uns relativ wenig mit linken identitätsbezogenen Themen wie Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit, Rassismus und Schwulen- und Lesbenpolitik.“*²⁸ Im Ergebnis ist die Mehrheit der Mitglieder der SP „männlich und weiß“. Das Fehlen von Frauen und Migranten thematisiert van Heyningen nicht. Der Aufstieg des Rechtspopulisten Geert Wilders in den Niederlanden zeigt aber, dass die Schwäche der SP in dieser Frage ausgenutzt wurde. Wir bezweifeln, dass die SP – trotz ihrer aktuellen Stärke in Umfragen – auf dieser politischen Grundlage den Rassisten Wilders erfolgreich bekämpfen kann.

Dieser ökonomistische Antirassismus bleibt abstrakt und stumpf. Er verkennt die Gefahr, die Rassismus für den Klassenkampf einer geeinten Arbeiterklasse von unten bedeuten kann. Er konfrontiert nicht konkret die Ideen des neuen Kulturrassismus mit seinen Lügen und Halbwahrheiten zum Islam und räumt das Terrain des ideologischen Klassenkampfes. Er

28 Aus dem Skript des Vortrags am 4.3.2012 auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

gewährt damit den Rechtspopulisten die Deutungshoheit über eine wichtige kulturelle Frage. Der moderne „Kulturkampf“ Sarrazins wird durch erfolgreiche Lohnkämpfe oder andere soziale Kämpfe nicht hinreichend zurückgedrängt.

Wir müssen stattdessen Rassismus als Teil des Klassenkampfes von oben begreifen, als unabdingbares Element der Teile- und Herrschafts-Strategie im Kapitalismus, und dementsprechend den Kampf gegen Rassismus als Voraussetzung für den Erfolg des gemeinsamen Kampfes aller Ausgebeuteten für eine bessere Welt. Unterdrückung und Ausbeutung sind zwei untrennbar verbundene Merkmale jeder Ausbeutergesellschaft, auch des Kapitalismus. Ausbeutung ist zwar die Grundlage („Basis“) von Unterdrückung, aber die vielen politischen Formen der Unterdrückung sind für den Kapitalismus unverzichtbar und ebenso unverzichtbar ist die Einheit des politischen und sozialen Klassenkampfes im Kampf für seine Abschaffung.

In diesem Sinne ist in der LINKEN in der Vergangenheit der Fehler gemacht worden, sich viel zu wenig um MigrantInnen zu bemühen, sich als antirassistische Kraft im politischen Raum zu etablieren. Im Vergleich dazu, wie viele MigrantInnen SPD und Grüne-AnhängerInnen sind oder auch in deren Parteiämtern vertreten sind, hat die LINKE großen Nachholbedarf. Die Tatsache, dass sich DIE LINKE auf ihrem Parteitag in Rostock im Mai 2010 für das Recht auf freie Religionsausübung und gegen antimuslimischen Rassismus positioniert und sich als einzige Partei einheitlich und klar gegen Sarrazins rassistische Thesen ausgesprochen hat, spiegelt sich noch nicht genug in ihrer Mitgliedschaft und in der tagtäglichen Praxis der Partei „vor Ort“ wieder.

Falsch verstandene Religionskritik

Linke tun sich schwer damit, Muslime zu verteidigen, weil sie meinen, es sei eine Voraussetzung für eine freie Gesellschaft, die Religion abzuschaffen. So hat beispielsweise die Kommunistische Partei Frankreichs dem landesweiten Burka-Verbot zugestimmt; man wolle „einen erbitterten politischen Kampf führen gegen die Gurus des Fundamentalismus“, wie der kommunistische Abgeordnete André Gerin ausführte. Solche Zugeständnisse stärken die französischen Rechte.

Mit Kopftuch- oder Burkaverboten wird jedoch keiner einzigen Frau geholfen, stattdessen wird sie aus dem gesellschaftlichen Leben verbannt und ihrer Religionsfreiheit beraubt. Mit dem Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst, wie es faktisch der SPD-PDS-Senat in Berlin 2005 beschlossen hat, werden muslimischen Frauen Aufstiegs- und Berufschancen und ein

eigenes Einkommen verwehrt. Muslimische Studentinnen und Akademikerinnen organisierten sich gegen das Kopftuchverbot und erklärten, dass ihnen damit vor allem Jobs im Niedriglohnbereich, zum Beispiel als Putzfrauen übrig blieben.

Marx schrieb: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist Opium des Volks.“²⁹ Marx und Engels hatten sich am Anfang ihrer politischen Tätigkeit von dem bürgerlichen Religionskritiker Ludwig Feuerbach losgesagt, der im Kampf um die Befreiung von religiösen Ideen den entscheidenden Schritt für die Befreiung der Menschheit gesehen hatte. Sie wurden so zu Gegnern eines militanten Antiklerikalismus, der Religion einen besonderen Kampf anzusagen, sie zu verbannen oder gar zu unterdrücken. Vielmehr ging es ihnen darum, die zerrissene Welt zu heilen, die Ursache des Schmerzes zu beseitigen, um so die Einnahme des Opiums, des „Schmerzmittels“ überflüssig zu machen.

Der Einsatz für die konsequente Trennung von Staat und Religion darf nicht bedeuten, MuslimInnen die Gleichbehandlung vor dem Gesetz zu verweigern, z.B. ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Religionsfreiheit, etwa beim Bau von Moscheen, zu beschränken oder ihnen Vorschriften bei der Kleidung zu machen. Es gibt eine Reihe offener Fragen in der LINKEN hinsichtlich etwa der Positionierung zu Kopftuchverboten im öffentlichen Dienst, hinsichtlich (islamischem) Religionsunterricht u.a. Diese gilt es, offensiv und solidarisch zu debattieren.

Wer sind geeignete BündnispartnerInnen?

Für Bündnisse gegen Nazis und Rechtspopulisten heißt die Devise: so breit wie möglich und so entschlossen wie nötig. DIE LINKE stellt keine inhaltlichen Vorbedingungen an antifaschistische Bündnispartner, sonst könnte sie beispielsweise mit der SPD nicht gegen Naziaufmärsche zusammenarbeiten, solange diese Thilo Sarrazin in ihren Reihen duldet. Dies gilt auch für muslimische oder Migrantenselbstorganisationen. In der Bündnisarbeit mit der Kirche oder der katholischen Arbeiterbewegung gegen Sozialabbau sehen wir deren Position zu Frauen- und Schwulenrechten auch nicht als Hindernis, ohne dass DIE LINKE ihre Positionen verstecken oder aufgeben würde. Was für christliche Gruppen oder andere Religionsgemeinschaften selbstverständlich ist, sollte für die Zusammenarbeit mit Muslimen genauso selbstverständlich werden. Die deutsche Linke, auch die Antikriegsbewegung, macht jedoch seit Jahren einen großen Bogen um muslimische

29 Marx Engels Werke, Bd. 1, S.376

Minderheiten. In Großbritannien dagegen zeigte der Abgeordnete George Galloway kürzlich, dass es für Linke möglich ist, mit einer entschlossenen Politik gegen Sozialkürzungen massenhaft Stimmen unter Muslimen und Nicht-Muslimen zu gewinnen.

Wir wünschen uns, dass die LINKE von der frühen, noch revolutionären Sozialdemokratie der 1880er Jahre lernt. Zu Beginn der 1880er Jahre gründete sich die antisemitische „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ mit Unterstützung der Eliten des Kaiserreichs, um den wachsenden Einfluss der (illegalen) Sozialdemokratie zu bekämpfen. Sie stellte sich programmatisch gegen das „jüdische Großkapital“ und gegen die „jüdische Linke“. Die Berliner Sozialdemokratie reagierte mit einer offensiven Abwehrschlacht gegen deren Versammlungstätigkeit und stellte einen eigenen jüdischen Kandidaten, Paul Singer, bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1883 auf. Singer wurde trotz einer heftigen antisemitischen Kampagne gegen ihn als einer von fünf Abgeordneten der Sozialdemokratie gewählt. Der SPD gelang es damit, durch ihren offensiven Umgang mit dem aufkommenden Antisemitismus bis zur Jahrhundertwende die große Mehrheit der jüdischen Minderheit in Deutschland für sich zu gewinnen.

Von einem solchen offensiven Umgang mit dem neuen islamfeindlichen Kulturassismus ist die LINKE noch weit entfernt. Die LINKE Oberbürgermeisterkandidatin Janine Wissler hat bei ihrem Wahlkampf in Frankfurt/M. die Unterstützung einer in den muslimischen Gemeinden bekannten muslimischen Anwältin erhalten. Noch besser wäre es, wenn sich die LINKE dazu bewegen würde, linke Muslime auf aussichtsreichen Listenplätzen kandidieren zu lassen.

Sarrazin und seinen offenen und verdeckten Anhängern von CDU/CSU bis zur SPD ist es gelungen, einen Spaltkeil in die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen zu treiben. Die LINKE muss ihre Scheu vor politischen Bündnissen mit der religiösen Minderheit der Muslime in Deutschland abwerfen. Sie muss das Recht auf freie Religionsausübung uneingeschränkt verteidigen; dabei darf sie keinen Unterschied machen zwischen fortschrittlichen und konservativen Strömungen des Islam, und nicht nur laizistisch eingestellte Migranten verteidigen.

Bei den Warnstreiks im öffentlichen Dienst haben sich auch muslimische Frauen mit Kopftuch beteiligt – ein hoffnungsvolles Zeichen für eine kämpferische Einheit aller unterdrückten und ausgebeuteten Menschen.

Es ist nicht „falsches Bewusstsein“

Was eine sozialistische Linke gegen die populistische Rechte unternehmen sollte – und was nicht

Alban Werner (Aachen)

1. Rechtspopulismus reloaded

Rechtspopulismus ist in ganz Europa wieder im Kommen. In Italien waren mit Popolo della Liberta, Alleanza Nazionale und Lega Nord jahrelang gleich drei derartige Parteien zusammen an der Regierung. In Griechenland hat es die nationalistische Bewegung LAOS geschafft, in die ganz große Koalition der Austeritätspolitik aufgenommen zu werden. Die „Troika“ aus EU, EZB und IWF hat damit eine offen rassistische Partei geadet.

Für die politische Linke (einschließlich GewerkschafterInnen, sozial Bewegter und der Parteilinken innerhalb von Sozialdemokratie und Bündnisgrünen) sind aber nicht die Krisenstaaten der Maßstab. Der bessere Vergleich für Deutschland sind populistische Rechtsparteien in Nord- und Westeuropa wie Österreich (FPÖ), Niederlande (Partij voor de Vrijheid), Finnland (die wahren Finnen), Schweden (Schwedendemokraten), Frankreich (Front National), Dänemark (Dansk Folkeparti), aber auch in der Schweiz (Schweizerische Volkspartei).

In diesen Ländern können die VertreterInnen der populistischen Rechten in einer Weise auftreten, die ihren Gegenstücken in den „Krisenländern“ z.Zt. versperrt ist. Herr Strache aus Österreich, Frau Le Pen aus Frankreich oder Herr Blocher aus der Schweiz können sich glaubwürdig vor ihr Publikum stellen und sagen: *„Schaut her! Eigentlich sind wir doch tolles Land. Wir sind fleißig, wir sind ordentlich, wir sind erfolgreich. Wären da nicht die...“*. Den Satz setzen alle RechtspopulistInnen ähnlich fort: *„Wären da nicht abgehobenen Politiker, die kriminellen Ausländer, die faulen Sozialschmarotzer, die uns anständigen, richtigen Österreichern/ Franzosen/ Schweizern auf der Tasche sitzen!“*. Und in der letzter Zeit kommt hinzu: *„Wären da nicht die faulen Südländer, die mit Geld nicht umgehen können,*

die zu wenig arbeiten, zu viel Rente kriegen und furchtbar korrupt sind. Wir sehen es nicht mehr ein, über diese Länder mit unserem Steuergeld einen Schutzschirm aufzuspannen. Wir zahlen nicht für Eure Krise!“.

Die populistische Rechte ist erfolgreich, wenn sie es schafft, diese doppelte Frontstellung aufzubauen. „Wir“ – das ist das gute, anständige Volk von hart arbeitenden, ehrlich Steuern und Abgaben zahlenden und am liebsten „bio“-österreichisch, -französisch oder -finnisch aussehenden BürgerInnen. „Die“ – das sind die anderen: die abgehobene Politikerkaste, korrupte Bürokraten, MigrantInnen (mal arabischer, mal türkischer Herkunft, mal Sinti und Roma), andersgläubige (mal JüdInnen, mal Muslime) und immer gerne auch linke „Gutmenschen“. Wenn man der populistischen Rechten glaubt, dann werden ganz viele Probleme weggeschrieben und unter den Teppich gekehrt, weil die linken Gutmenschen jedes kritische Wort gegen kriminelle MigrantInnen, Transferleistung beziehende „Drückeberger“, gegen „Multi-Kulti“ oder schlecht funktionierende öffentliche Einrichtungen zensieren. Gegen diese linken Besserwisser „von da oben“ sei der Rechtspopulismus der wahre Lautsprecher des „kleinen Mannes“.

2. Nur „braune Brause“ im Kopf?

Die politische Linke darf es sich nicht zu einfach machen, wenn sie erfolgreich gegen die populistische Rechte vorgehen will. Nach meinem Eindruck müssen wir unterscheiden zwischen den politischen *Fragen*, die der Rechtspopulismus aufwirft, und den *Antworten*, die er auf diese Fragen gibt. Denn auch wenn die Antwort ohne jeden Zweifel falsch ist, setzt doch die Frage vielleicht an einem realen Problem an, selbst wenn sie „falsch gestellt“ wurde. Der linke britische Kulturforscher Stuart Hall schrieb mal über Ideologien: es solle nicht in erster Linie interessieren, was an ihnen „falsch“ sei. Vielmehr sollten Linke und MarxistInnen fragen: Was ist eigentlich „wahr“ an einer Ideologie wie dem Rechtspopulismus, wahr im Sinne von „alltagstauglich“?

Wenn man alles am Rechtspopulismus als „falsch“ abtut, hat man es sehr einfach. Dann kann man sagen: „*Alles, was diese ZeitgenossInnen von sich geben ist neoliberal-kapitalistische Verblendung. Die Rechtspopulisten sind nützliche Idioten des Kapitals, die vom wirklichen, wahren (Klassen)konflikt ablenken und rassistische Feindbilder konstruieren*“. Ich befürchte, damit kommt man auf lange Sicht nicht allzu weit.

Die Antwort der populistischen Rechten, man solle MigrantInnen einsperren, abschieben oder ihnen politische und soziale Rechte vorenthalten, ist ohne jeden Zweifel rassistisch, geht gegen rechtsstaatliche

Grundsätze und löst ohnehin keine Probleme. Aber hat die Frage nach dem Problem von Ghettoisierung in den Großstädten, nach überproportional hoher Erwerbslosigkeit unter migrantischen MitbürgerInnen, nach patriarchalen Verhältnissen in migrantischen Familien nicht eine Grundlage in der Realität, die für jedeN halbwegs aufmerksame BürgerIn auch wahrnehmbar ist?

Die Antwort der populistischen Rechten auf steigende Zahlen von Transleistungs-Beziehenden ist volkswirtschaftlich grober Unfug. Denn Demütigung von Erwerbslosen durch verschärften Arbeitszwang beseitigt nicht die Erwerbslosigkeit, sondern verschärft sogar noch den Prekarisierungsdruck auf dem Arbeitsmarkt, und Streichung von Sozialleistungen würgt die Binnennachfrage ab. Aber ist denn an der Wahrnehmung der Leute, dass Leistungsbereitschaft und Einkommen sich weit auseinanderentwickelt haben, wirklich gar nichts dran?

Die Antwort der RechtspopulistInnen, man solle allen BerufspolitikerInnen (solange sie nicht zur eigenen Partei gehören) generell misstrauen und endlich den „Volkswillen“ durch direktdemokratische Abstimmungen gegen Moscheebau und Minarette, für Verschleierungsverbote, gegen den EU-Beitritt der Türkei usw. zu Geltung kommen lassen, ist eine Perversion basisdemokratischer Gedanken, bei denen sich Jean-Jacques Rousseau gleich mehrfach im Grab herumdreht. Aber zeigen nicht die Wulffs, die Kohls und Schreibers, die Riesters und Rürups, dass Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Eliten die Demokratie bedroht und Volksabstimmungen schon zur „Notwehr“ der BürgerInnen gegen Eliten-Kartelle notwendig sein können?

Die Antwort der RechtspopulistInnen nach Streichung jeglicher finanzieller Unterstützung für Krisen-Staaten ist Unfug, denn ein Scheitern des Euro birgt große Gefahren, und die Zahlungsunfähigkeit dieser Krisenländer kann Verluste auch für deutsche KleinsparerInnen, niederländische Rentenfonds oder französische Versicherungsgesellschaften bedeuten. Aber ist es denn nicht korrekt, dass die derzeitigen Rettungspakte vor allem die Finanz- und Exportindustrie retten und die etwaige Rechnung den einfachen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern präsentieren? Stimmt es nicht, dass die griechische Oberschicht ihr Geld in die Schweiz verbracht hat. Ist die Antwort auf den Rechtspopulismus daher einfach „mehr Euros nach Athen“ oder „Entwaffnung der Finanzmärkte“ und „Profiteure zur Kasse“. Warum sollte DIE LINKE ihr Alleinstellungsmerkmal – diese Euro-Rettung abzulehnen – nicht mit breiter Brust vertreten?

3. Fragend schreiten wir voran!

Wenn die politische Linke sich weigert, sich diesen Fragen zu stellen, die bislang vor allen von der populistischen Rechten stark gemacht wurden, begeht sie zwei schwere Fehler.

Der *erste* Fehler besteht darin, es nur als „*falsches Bewusstsein*“ abzutun, wenn weite Teile der Bevölkerung bestimmten Aussagen der populistischen Rechten zustimmen. Denn so wird die Linke den Menschen „von oben herab“ begegnen. Es bringt wenig, den Leuten mit dem ABC des Klassenkampfes in der Hand vor die Augen zu treten. Die Lohntüte und ebenso die „Abzüge“ davon sind eine Million mal „realer“ als jeder kluge Vortrag über den Fetischcharakter der Ware, den tendenziellen Fall der Profitrate oder Leistungsbilanzdefizite.

Der *zweite* Fehler schließt direkt daran an. Wer sich auf Empörung über die Antworten der populistischen Rechten beschränkt, wird ihre Fragen ignorieren- selbst dort, wo sie an realen Erfahrungen der Menschen ansetzen. Wer sich den Fragen nicht stellt, wird selbst auch keine Antworten anbieten, vor allem keine, die ähnlich „alltagstauglich“ wirken wie diejenigen der populistischen Rechten. Die politische Linke muss – es ist so banal, wie es richtig ist – eine politische Sprache finden, die reale Probleme zur Sprache bringt. Gegen die nichts sagenden und bisweilen dämlichen Slogans der etablierte Parteien („Wir haben die Kraft“; „Erneuerung und Zusammenhalt“; „It’s Yourope!“; „Das Wichtige tun“) muss sie gesellschaftliche Bedürfnisse aufgreifen und zuspitzen. Sie muss sagen, was sie tut, und tun, was sie sagt, und sie darf auch keine Angst davor haben, Menschen gegen politische Feindbilder zu mobilisieren. Dass Kapitalismus ein strukturelles Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis ist bedeutet nicht, dass nicht manche Menschen davon mehr profitieren als andere. Es ist irreführend und falsch, gegen Managergehälter als wichtigste Ursache von Wirtschaftskrisen zu agitieren. Aber die aktuelle Einkommensverteilung hat in der Tat nichts mehr mit irgendeiner Form von Leistungsgerechtigkeit zu tun. Ebenso wenig sind die Wohn- und Lebensverhältnisse von MigrantInnen Ausdruck freiwilliger Selbstabschottung, sondern einer schon viel zu langen Geschichte von Missachtung, Ignoranz und politisch betriebener Ausgrenzung unter Bedingungen kapitalistischer Wohnungs- und Arbeitsmärkte. Eine politische Linke, wie die der Front de Gauche in Frankreich oder die Socialistische Partij der Niederlande auf freche und frische Art und Weise diese Ungleichheit aufgreift, betreibt nicht Populismus im schlechten, sondern *linke populäre Politik* im guten Sinne.

4. „Rechts ist nicht gleich rechts“

Für diese linke, populäre Politik ist es aber auch notwendig, zwischen den aggressiven und oft gewalttätigen extremen Rechten à la NPD und der Schlipps tragenden populistischen Rechten von Pim Fortuyn über Thilo Sarrazin bis HC Strache zu unterscheiden. Es ist kein Zufall, dass AnhängerInnen eines braunen Führerstaates in Europa nirgendwo so erfolgreich sind wie die populistische Rechte, und dass die NPD dort am erfolgreichsten ist, wo sie sich mehr als volksnahe „Kümmerer-Partei“ denn als prügelnde Rassistentruppe aufführt. Selbst unter denjenigen immer noch viel zu zahlreichen Deutschen und EuropäerInnen, die nachweislich antisemitische, antimuslimische und anders menschenfeindliche Ressentiments aufweisen gibt es genug Realitätssinn zu wissen, dass ein Zurück zur Führerdiktatur weder wünschenswert, noch möglich ist. Im Unterschied zur demokratiefeindlichen extremen Rechten hetzt die populistische Rechte gegen Feindbilder, die eine Grundlage in der der heutigen Realität haben, und sie führen einen politischen Kampf (gegen Moscheebauten, liberale Zuwanderungsgesetzgebung, Steuererhöhungen usw.), der – leider! – gewonnen werden kann. Es ergibt deswegen keinen Sinn, den Kampf gegen die populistische Rechte genauso zu führen wie denjenigen gegen Neonazis, an deren Programm ohnehin kein halbes Prozent der Bevölkerung mehr glaubt. Noch weniger Sinn ergibt es, die „Falschheit“ der populistischen Rechten am Maßstab der sozialistischen Weltrevolution aufzuzeigen.

Niemand soll mich missverstehen: Gewerkschaften, Parteien und Bewegungen sollten richtigerweise rassistische Anti-Islamkonferenzen und geschichtsrevisionistische Aufmärsche wie in Dresden mit Massenblockaden verhindern. Aber während die Aufklärung über den deutschen Faschismus schon längst Teil des schulischen Lehrplans ist, hat die Linke selbst noch keine ausreichende Antwort auf die Probleme unserer Gesellschaft als Migrationsgesellschaft gefunden. Wer erfreulicherweise die Anti-Islamkonferenz verhindert, sollte sich ebenso so sehr verpflichtet fühlen, gleiche Rechte und Pflichten für alle MitbürgerInnen zu fordern und wirklich durchzusetzen- auch gegen diejenigen Mitglieder innerhalb der migrantischen Community selbst, für die der Gegner nicht der Klassenfeind ist, sondern Frauenemanzipation, Minderheitenrechte sowie politische und kulturelle Selbstbestimmung.

Für mehr linken Populismus

Bernhard Sander (Wuppertal)

„Der LINKEN fällt es schwer, eine Position zu entwickeln, die breit in die Gesellschaft reicht. Der Bezug auf die Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung reicht nicht aus“, behauptet M. Brie in einem RLS-Beitrag³⁰. Die Linke steht einerseits vor dem anhaltenden Problem, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie fernhalten, weil das parlamentarische System und seine Mehrheitsrepräsentanten immer weniger Sicherheit der Lebensplanung bieten können. Sie selbst verliert an Akzeptanz bei Mitgliedern (Austritt, Passivität) und Zuspruch (bei Wahlen und Umfragen)³¹. Die größte Partei sind die Nichtwählenden. Die SPD bleibt in ihrem 30%-Kuchenstück und streitet sich mit den anderen um den verbleibenden Rest an relativen Mehrheiten. Regierend, wenn auch nicht hegemonial, bleibt die CDU/CSU.

Andererseits hat das politische System seine Fähigkeiten zur Aufnahme der linken Forderungen (Mindestlohn, Rückzug aus Afghanistan, Korrekturen im Sozialsystem zwecks mehr soziale Gerechtigkeit usw.) bewiesen. Die neoliberalen und die sozialliberalen Parteien streiten sich um systemkonforme Varianten von „Lohnuntergrenzen“, den Abzugstermin usw. Sicher steht heute DIE LINKE ohne vergleichbares Profil von Alleinstellungsmerkmalen da. Damit bleibt der Bezug auf die „Interessen der übergroßen Mehrheit“ (M. Brie) nur eine Behauptung. Eine solche Partei lässt sich leicht isolieren und gar kriminalisieren, wenn sie nicht mehr „vom Fluidum der Volksstimmung umspült“³² ist. Zwischen der Ausgrenzung der Partei DIE LINKE aus dem politischen System – symbolisch etwa bei der Wahl der Bundespräsidenten – und der sozialen Ausgrenzung breiter Teile der Bevölkerung besteht keine programmatische Klammer. Im Gegenteil: Erstere wird erleichtert durch das Fehlen einer solchen Verbindung.

30 M. Brie, Segel setzen in stürmischen Zeiten – Parteipolitische Diskurse im Vorfeld der Bundestagswahl 2013

31 Dieser Beitrag wurde vor den Landtagswahlen in S-H. und NRW geschrieben.

32 R. Luxemburg, Die russische Revolution In Gesammelte Werke Bd. 4 Berlin 1974 S.354

Das dritte Problem ist die ungeklärte Verbindung der heterogenen Wählerschaft aus verunsicherter Arbeitnehmermitte, kritischen Bildungsbürgern und Ausgegrenzten. Der von Brie unterstellte „Bezug auf die Interessen der übergroßen Mehrheit“ ist letztlich immer nur Anspruch geblieben, im konkreten politischen Werkalltag sind diese Klammern selten gefunden worden. Sicher: Politik drückt sich in Sprache aus. Doch handelt es sich nicht um ein Sprach-Thema sondern um eines der politischen Inhalte, die gerade für die an den Rand gedrängten Menschen nicht mehr viel mit ihrer Lebenswelt zu tun haben.

Immer weniger Ballkontakte

Meine These lautet, dass sich das historische Fenster zu schließen begonnen hat, das sich für die Linke 2003 bis 2006 geöffnet hatte. Der soziale Protest fokussiert sich nicht mehr auf die damals gebildete Partei, obwohl die sozialen Zuspitzungen nicht geringer geworden sind. Ohne die Frage entscheiden zu wollen, ob es sich bei Ausgegrenzten um eine Klasse handelt, müssen wir aber die beständige Vergrößerung dieser gesellschaftlichen Gruppe festhalten: „Sie besteht nicht nur aus all denen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen leben, auch wenn viele darunter Zeitarbeiter sind, Teilzeitjobs nachgehen oder in Call Centern oder anderen ausgelagerten Jobs arbeiten. Es umfasst auch all jene, die spüren, dass ihr Leben und ihre Identität sich aus unzusammenhängenden Einzelteilen zusammensetzen, was es ihnen unmöglich macht, ein erstrebenswertes Narrativ zu konstruieren, in einem Beruf voranzukommen und sich weiterzuqualifizieren, verschiedene Formen von Tätigkeiten, Lohnarbeit, Spiel und Muße für sich sinnvoll miteinander zu verbinden. ... Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes macht es dem Prekariat unmöglich, ein soziales Gedächtnis auszubilden – was bedeuten würde, dass man stolz darauf



sein könnte, einer bestimmten Gemeinschaft anzugehören, deren Werte man teilt und der gegenüber man sich solidarisch fühlt. Alles ist flüchtig. Ihre gemeinsame Arbeit hat keine Zukunft. ... Auch wenn das Prekariat nicht einfach nur aus Opfern besteht und viele die Arbeitsethik ihrer Eltern in Frage stellen oder traditionelle Arbeitsbiographien für sich gar nicht als erstrebenswert erachten, so wurde sein Anwachsen doch durch den Neoliberalismus der Globalisierung beschleunigt.“³³

Die bevormundende Ansprache als „Opfer“ des Neoliberalismus muss scheitern. Für die Nicht-/Klasse der Ausgegrenzten hat der schnelle Erfolg, die Befriedigung von Alltagsbedürfnissen Vorrang.

Eine (linksradikale oder libertäre) Kultur des Andersseins hilft letztlich auch nicht. Dass der Beitrag der Vorsitzenden zur jW-Veranstaltung Anfang 2011 (fälschlich als „Kommunismus-Debatte“ in Erinnerung) zur politischen Isolation der Partei genutzt werden konnte, hat etwas mit dem Reizcharakter und der Sprache der LINKEN zu tun: Weder mit dem angescheiterte soziale Gesellschaftsexperimente gemahnender Grundsatprogramm-Rhetorik („Eigentumsfrage“) noch mit dem grün-alternativen Neusprech („Ökologischer Umbau“) verbinden die eigentumslosen Schichten eine Verbesserung ihres Alltags sondern – im Gegenteil – einen Angriff auf individuelle Konsumwünsche, Freiheitsansprüche und Ausgrenzung ihrer Lebensstile. Auch M. Brie moniert beispielweise an den Grünen, dass „die alte Forderung des gleichen Lohns für gleiche Arbeit in equal pay ausgedrückt“ wird und fügt hinzu: „Alle Parteien haben die Schwierigkeit, die Kluft zwischen der Sprache der ExpertInnen (sic!) und der Bevölkerung zu überbrücken“³⁴.

Begriffe wie „Fortschritt“, in dessen Namen Veränderungsdruck ausgeübt und Prekarisierungsprozesse erlebt werden, (Weiter-)„Bildung“, die meist als soziale Selektion erfahren wird, oder „Ökologie“, die man sich schon beim Lebensmitteldiscounter als Delikatesse nicht leisten kann, mögen ja für DIE LINKE einen guten Klang haben – aber nicht bei denen, die man an die Urnen und in die Politik bringen will.

Gefahr von Rechts

Hinzu kommt eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Die weiter verrohende Bürgerlichkeit (Heitmeyer) hat bisher erfolgreich ihre Finanzansprüche gegenüber der sozialstaatlichen Umverteilung durchgesetzt. Der für die

33 Guy Standing, Eine Stimme für das Prekariat. in Freitag, 7.6.2011 (online 13.50 Uhr)

34 M. Brie a. a. O. S. 13

kapitalistische Wertordnung zentrale Begriff der Leistung („Wer hart arbeitet, soll auch mehr haben als andere“) pervertiert zum Ressentiment gegenüber „Minderleistern“, Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen usw. Die wirtschaftlichen Konstellationen (materielle Betroffenheit von Enteignungsprozessen durch Rückzahlungsdruck auf die lfd. Kredite, sichtbarer Zusammenbruch der privaten Vorsorgesysteme, nochmaliges Verletzens des Rechtsempfindens bei den eigenen Rechtsansprüchen an den Sozialstaat) könnten die Bereitschaft zur Einrichtung autoritärer Strukturen eines ausgrenzenden Staates fördern. Die Rekordzahl von Sanktionen im Hartz-Regime, die Umverteilung der Arbeitsmarktfördermittel von unten nach oben („Hartz V“), das bürokratische Monster des Bildungs- und Teilhabe-Pakets finden schon kein Empörung mehr – bei den Betroffenen nicht und nicht in der politischen Arbeit der Partei DIE LINKE. Dies sind aber die Einstiegstore für eine weitere autoritäre Ausrichtung der Armutsverwaltung.

Die Bereitschaft zur Wahl einer Sarrazin- oder Guttenberg-Partei ist bei 20 – 30% der Wahlberechtigten vorhanden. Sie hat in Deutschland ihre politische Formation noch nicht gefunden. Sie könnten eine Reihe von Anknüpfungspunkten in den Haltungen und Stimmungen der Ausgegrenzten finden³⁵.

Notizen für die Zündung der zweiten Stufe

Eine sozialistische Partei des 21. Jahrhunderts, die in der Lage wäre, breite zivilgesellschaftliche Protestpotentiale zu mobilisieren und in das politische Feld einzubringen, sodass die erstarrten Formen der Repräsentanz aufgebrochen würden, so eine Partei ist DIE LINKE noch nicht.

Einerseits spielen gewisse formale Voraussetzungen eine Rolle. Die Fähigkeit zur Partizipation ist „gebunden an besondere Ressourcen: Kompetenz, Selbstbewusstsein, Information. Partizipation prämiert den privilegierten Zugang zu Bildungsgütern“³⁶ und umgekehrt schließt fehlende Passgenauigkeit zum Wörterbuch der Allgemeinplätze des Bourgeois vom Medienzugang aus.

Andererseits setzt die Veränderungsmächtigkeit Der LINKEN im politischen Feld zuallererst eine Verständigung über die politischen Forderungen voraus, die eine ähnliche Wirkung wie die vier Kerninhalte aus der Gründungsphase (s.o.) entfalten könnten. Einzig „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ bleibt Alleinstellungsmerkmal, wird aber selbst von der LINKEN nicht mehr bearbeitet.

35 Vgl. Johanna Klatt, Franz Walter Entbehrliche der Bürgergesellschaft Bielefeld 2011

36 Johanna Klatt, Franz Walter Entbehrliche der Bürgergesellschaft, S. 30

Angesichts des gespaltenen Aufschwungs müssten sich diese Forderungen mit der Neuordnung der Lohnarbeit und der Einbeziehung ausgegrenzter Bevölkerungsteile befassen (Arbeitslose und alle Formen der Niedriglöhne, drohende Altersarmut). DIE LINKE müsste dabei zum Beispiel überlegen, was es bedeutet, wenn die These, eine Aufwertung der Lohnarbeit („Vollbeschäftigung“) sei nicht mehr möglich, bei den Prekarisierten als Wahlalternative mobilisierend erscheint. Die Attraktivität des sogenannten bedingungslosen Grundeinkommens wurzelt in der völligen Verunsicherung der Lebensplanung.

Obwohl jeder Vierte nur einen Billigjob hat, geht linkes Krisen-Gerede an der Wahrnehmung vorbei, dass Deutschland gut durch die Krise gekommen sei, man daran aber nicht teilhaben kann.

Die LINKE müsste Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte ebenso machen wie gegen die Einkommensspreizung. Dies erfordert vor allem eine Lösung für die sozialen Sicherungssysteme, die weitgehend zu den Ressourcen des Finanzmarkt-Kapitalismus geworden sind (z.B. Beamtenpensionen, private und betriebliche Kranken- und Alterssicherung, wie sie noch heute von Gewerkschaften angeboten werden). DIE LINKE sollte versuchen Maßstäbe anzubieten,

- die Repräsentanz- und Orientierungsfunktion von längerer Gültigkeitsdauer besitzen (die sich in der Sehnsucht nach Oskar artikulierte),
- die sowohl die Lebens- und Erwerbsleistung der Älteren legitimieren,
- die den Jüngeren Spielraum für selbstgestaltetes, genussgeleitetes Leben eröffnen, wie es Gleichaltrige führen, ohne sich bei der Arbeit herumkommandieren zu lassen. („Nimm, warte kriegen kannz!“),
- die Komplexität reduzieren (Statt Nein zum neoliberalen Haushaltssanierungskonzept: „Verhindert den Verkauf von Spielplätzen“).

Braucht DIE LINKE Personalplebiszite?

Marianna Schauzu (Berlin)

Direkte Demokratie kommt in Mode. Seien es Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide: In direkter Demokratie wird die Antwort auf Parteienverdruss, Abgehobenheit politischer Eliten und auf bürokratische Entscheidungen von oben gesehen. Die Piratenpartei fordert bereits eine „liquide Demokratie“ des Internets, was dies auch immer bedeuten mag. In der Partei Die Linke wurde Ende 2011 von mehreren Landesverbänden die „Durchführung eines Mitgliederentscheids zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden“ gefordert. Doch ein solcher Entscheid ist mit dem gegenwärtigen Statut der Partei nicht vereinbar. Die Forderung nach Personalplebisziten ist seitdem leiser geworden, aber keineswegs verstummt. Mitglieder der innerparteilichen Strömung Forum Demokratischer Sozialismus fordern eine Satzungsänderung, damit Die Linke hier „Trendsetter“ werden könnte. Nach ihnen müsse die Linkspartei in dieser Frage vorangehen, denn es „darf nun nicht nach außen und innen der Eindruck erweckt werden, dass direkte Demokratie gut für Sonntagsreden aber nicht für das Parteileben der LINKEN sei.“³⁷

Doch solche direktdemokratischen Entscheidungen in Parteien sind alles andere als neu. Bereits für die 1980 gegründeten Grünen stellte das Recht des einzelnen Parteimitglieds, auf jede wichtige Entscheidung der Partei direkt Einfluss nehmen und insbesondere bei der Auswahl des politischen Personals unmittelbar mitreden zu können, einen wichtigen Bestandteil ihres Gründungskonsenses dar. Traditionellen Formen der Repräsentation misstraute man dort anfangs zutiefst. Man setzte stattdessen auf eine sogenannte Basisdemokratie. In den ersten Jahren bestimmten regelmäßig Vollversammlungen über Inhalte und Kandidaturen. Doch das ist lange her. Die Grünen sind inzwischen auch in Fragen der innerparteilichen Demokratie längst eine etablierte Partei wie jede andere auch. Es war

37 Benjamin-Immanuel Hoff / Frank Puskarev, Partei der direkten Demokratie – oder zur Frage des Mitgliedsentscheids, <http://www.forum-ds.de/article/2129>

nicht zuletzt ihr eigener Erfolg als Partei, der sie zum Kurswechsel zwang. Das Wachstum der Mitgliedschaft verlangte auch von den Grünen die Einführung von Delegiertensystemen auf allen Ebenen. Vollversammlungen, die zudem offen auch für Nicht-Mitglieder waren, erwiesen sich aber auch sonst als nicht praktikabel, denn die Teilnehmerschaft veränderte sich von Tagung zu Tagung erheblich, so dass oft Zufallsmehrheiten entstanden. Nicht selten wurden gerade erst kurz vorher gefasste Beschlüsse wieder aufgehoben. Und immer wieder kam es vor, dass Vollversammlungen von kleinen, aber gut organisierten Minderheiten „gekippt“ wurden. Mit Hilfe kurzfristig mobilisierter Teilnehmer wählte man Vorstände ab, hob Beschlüsse auf und setzte genehme Kandidaten durch. Kein Wunder also, dass man von dieser Basisdemokratie heute bei den Grünen nichts mehr wissen will.

Auch die SPD hat wenig gute Erfahrungen mit Formen direkter Demokratie in ihrer Partei gemacht. 1993 gab es nach dem Rücktritt des Parteivorsitzenden Björn Engholm gleich drei Kandidaten für die Nachfolge. Einen Ausweg aus dieser Lage sollte die kurz zuvor in die Satzung eingefügte Mitgliederbefragung weisen. Aus ihr ging mit Rudolf Scharping ein Vertreter der Parteirechten als Sieger hervor. Er war allerdings mit 40,3 Prozent der abgegebenen Stimmen nur von einer Minderheit der Mitglieder gewählt worden. Der damals durchaus noch zu Recht der innerparteilichen Linken zugeschlagene Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul erhielten hingegen als unterlegene Bewerber zusammen knapp 60 Prozent. Doch beide gingen leer aus, da man bei der Einführung der Mitgliederbefragung kein Verfahren für den Fall eines eventuell notwendig werdenden zweiten Wahlgangs vorgesehen hatte. Man hatte darauf verzichtet, da man befürchtete, dass für eine zweite Abstimmung die Mitglieder nur noch schwer mobilisierbar gewesen wären. Und eine geringe Wahlbeteiligung in einer Stichwahl hätte dem am Ende gewählten Kandidaten nur eine schwache Legitimation verschafft.

Das Instrument der Mitgliederbefragung hatte sich somit als ein schwerfälliges Instrumentarium erwiesen, das gleich bei seiner ersten Anwendung zu großer Unzufriedenheit geführt hatte, denn dabei war jemand erfolgreich, der nicht für die Mehrheit in der Partei stand. Als Kanzlerkandidat der SPD verlor Scharping 1994 die Bundestagswahlen. 1995 wurde er von Oskar Lafontaine als Vorsitzender abgelöst. Dies geschah nicht in einem Mitgliedervotum, sondern auf einem ganz normalen Parteitag. Von einer Mitgliederbefragung bei der Auswahl des Parteivorsitzenden will man seitdem in der SPD nichts mehr wissen. Die Linkspartei sollte aus diesen

Erfahrungen lernen, indem sie heute Abstand von Forderungen nach Mitgliederbefragungen in Personalfragen nimmt.

Noch weiter als die SPD in den neunziger Jahren sind andere sozialdemokratische Parteien gegangen. Der Kandidat der französischen Sozialisten Françoise Hollande wurde in offenen Vorwahlen bestimmt, an denen sich auch Parteilose beteiligen konnten, die zu diesem Zweck lediglich einen geringen symbolischen Betrag leisteten. Die griechische Panhellenische Sozialistische Partei (PASOK) bestimmte auf diese Weise sogar ihren Parteivorsitzenden. Solche, auch für Parteilose offenen Personalentscheidungen führen regelmäßig zu einer großen Medienaufmerksamkeit, was von den Parteien ja auch ausdrücklich erwünscht ist. Doch zugleich geben sie damit die Entscheidungshoheit über ihre Führung aus der Hand. Die großen Medien reden bei den internen Angelegenheiten der Partei mit, wenn sie nicht sogar über sie entscheiden. Gegen die Medien kann sich jedenfalls kaum noch ein Kandidat durchsetzen. Schon bei der Wahl von Rudolf Scharping zum SPD-Parteivorsitzenden hatten sie eine wichtige Rolle gespielt. Zeitungen, vor allem aus Nordrhein-Westfalen, hatten damals die Legende verbreitet, dass sich Willy Brandt noch kurz vor seinem Tod für Scharping ausgesprochen habe, er angeblich sein Lieblingsenkel gewesen sei. Diese Medienkampagne dürfte Scharping nicht wenige Stimmen gebracht haben.



Direktdemokratische Verfahrungen bei der Personalauswahl und bei inhaltlichen Entscheidungen von Parteien führen daher zu erheblichen Einflussnahmen der Medien. Dies ist aber für linke Parteien zerstörerisch, denn über den Zustand der Medien darf man sich keinen Illusionen hingeben. Der italienische Philosoph und Historiker Domenico Losurdo sagt zu Recht über deren Struktur: „Diese ist gekennzeichnet durch einen gigantischen Konzentrationsprozess, der praktisch das Monopol der Großbourgeoisie über die Presse gesichert hat und mehr noch über die Massenmedien, die noch größere Kapitalien und Investitionen erfordern.“³⁸

Durch die Mitsprache der Medien und – vermittelt über sie – einer von ihr beeinflussten Öffentlichkeit werden die internen Parteistrukturen entwertet und geschwächt sowie die gewählten Delegierten entmachtet. Doch sozialistische Parteien sind, im Gegensatz zu bürgerlichen, in einem besonderen Maße auf eigene Formen der Entscheidungsfindung angewiesen: „Die organisierte politische Partei entsteht auf der Woge einer Forderung nach Emanzipation seitens der unteren Klassen. Sie sind es, die eine so weit wie möglich verzweigte und kapillar verästelte Organisation benötigen, nicht etwa die Klassen, die den Staats- und Regierungsapparat und den Reichtum zur Verfügung haben und dazu auch noch den gesellschaftlichen Einfluss, der aus all dem sich unmittelbar ergibt. Deshalb stellt sich während einer ganzen historischen Periode der bourgeois Meinungspartei die organisierte Arbeiter- und Volkspartei entgegen.“³⁹ Lässt man hingegen die bürgerlichen Medien in innerparteilichen Angelegenheiten der linken Parteien mitreden, so steht die Möglichkeit der Arbeiterbewegung in Frage, innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt noch einen halbwegs autonomen Bereich etablieren zu können, in dem sich die notwendigen Gegenkräfte zur Überwindung der Kapitalherrschaft erst herausbilden können. Ein solch halbwegs autonomer Bereich ist aber für deren Erfolg Voraussetzung, denn „es sind die unteren Klassen, die zu organisierten und langanhaltenden Anstrengungen greifen müssen, um eine autonome Kultur und eine autonome politische Anschauung zu erarbeiten, um ‚ihre eigene Gruppe von unabhängigen Intellektuellen‘ zu bilden und dies im Zuge eines Prozesses, der oft unterbrochen wird von ‚der (politischen und ideologischen) Initiative der herrschenden Gruppen‘ (Gramsci, Kerkerhefte). Darin liegt der Grund, dass sich für die Dauer einer ganzen historischen Periode der zumindest scheinbar entideologisierten bürgerlichen Partei

38 Domenico Losurdo, Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts, Köln 2008, S. 185

39 Ebenda, S. 189

eine Arbeiter- und Volkspartei entgegenstellt, die darauf aus ist, in ihrem Innern einen mehr oder weniger hohen Grad an – auch ideologischem – Zusammenhalt zu verwirklichen. Eine so beschaffene Partei stellt ein starkes Zentrum autonomer geistiger Produktion dar.“⁴⁰

Konservative Ideologen wie Hans Herbert von Arnim begrüßen daher jede Form von plebiszitären Verfahren, sind sie doch geeignet, systemkritische Parteien zu schwächen, denn geben diese das Monopol der Rekrutierung ihres politischen Personals auf, müssen sich ihre Kandidaten mit Hilfe der Medien durchsetzen. Auf diese Weise werden jene begünstigt, die mit den Positionen der veröffentlichten Meinung und damit denen des großen Kapitals übereinstimmen. Die Einführung sogenannter direktdemokratischer Verfahrensweisen ist damit ein sicherer Weg in eine undemokratische Leader-Demokratie nach US-amerikanischem Vorbild.⁴¹ Domenico Losurdo warnt davor, wohin die Reise dann ginge: „Die Entmachtung oder die Auflösung der organisierten Parteien besiegeln das Monopol der Mittel zur geistigen Produktion in den Händen eines kleinen privilegierten Kreises, der keinerlei organisierten Widerstand gegen seine manipulierende Tätigkeit mehr findet.“⁴²

40 Ebenda, S. 190

41 Vgl. Thomas Wagner, *Demokratie als Mogelpackung*, Köln 2011, S. 47 ff.

42 Ebenda, S. 192

Welche politische Bildung braucht DIE LINKE?

Die Beantwortung der Frage, welche politische Bildungsarbeit unsere Partei benötigt, setzt eine Einschätzung zu den Stärken und Schwächen unserer Partei voraus.

Daniel Wittmer (Berlin)

„Organizada!“ (Asian Dub Foundation)

Die Stärke der Partei DIE LINKE liegt in ihrer Breite: Sie vereinigt sozial orientierte, kapitalismuskritische, antifaschistische, friedensbewegte Kräfte. Sicherlich würde jedes unserer 70.000 Mitglieder ein eigenes Adjektiv der „guten Sache“ finden. Das gemeinsame Handeln in der Vielfalt ist die Stärke und der Schlüssel für unsere Erfolge der vergangenen Jahre. Diese Vielfalt ist nicht selbstverständlich. Ein Blick über den nationalen Tellerrand macht deutlich, wie schwer es linken Parteien im Ausland fällt, gesellschaftliche Bedeutung zu erringen.

Der politische Erfolg der LINKEN liegt darin, dass sie programmatisch eine gesellschaftlich relevante Alternative zu den anderen Bundestagsparteien darstellt. Die neoliberale Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche führte im parlamentarischen System zu einer Angleichung aller Parteien bei Themen wie Arbeit, Soziales, Gesundheit, Bildung oder auch Kriegseinsätzen. Diese Alternativlosigkeit – in alltäglichen Kämpfen ebenso wie an der Wahlurne – benötigte einen politischen Befreiungsschlag. Einige der Kernthemen der LINKEN wirken weit in die Gesellschaft - sie schaffen eine sichtbare Verschiebung von gesellschaftlichen Mehrheiten. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass es der Mindestlohn in Parteitagsbeschlüsse der CDU schafft? Würden alle über Altersarmut diskutieren, wenn es DIE LINKE nicht gäbe?

Jedes Argument für die Stärke der LINKEN ist gleichzeitig auch ein Argument für ihre Schwäche. Da unsere Partei jung ist, gibt es – aus

sehr unterschiedlichen Gründen – oftmals Defizite in der praktischen Arbeit, was sich immer auch in einer gewissen Instabilität der Parteistrukturen ausdrückt. Exemplarisch seien hier die handwerklichen Fähigkeiten der Vorstandsarbeit, Kommunikation, Konfliktlösung, Politikentwicklung und die Neumitgliederbetreuung genannt. Während die einen bereits vor Gründung der LINKEN politisch aktiv waren und somit Erfahrungen des politischen Handwerks mitbrachten, mussten sich andere Mitglieder die notwendigen Kenntnisse erst mühsam erarbeiten.

Besagte Instabilität geht auch mit (unrealisierbaren) Erwartungen und politischen Enttäuschungen einher. Wer in der Gründungseuphorie der LINKEN dachte, dass beispielsweise Hartz IV „mal schnell“ abgeschafft werden könnte, wurde spätestens in der alltäglichen Arbeit vor Ort oder in der Mühle eines Kreistags enttäuscht. Mitglieder, die bereits vor der LINKEN politisch aktiv waren, wurden enttäuscht, dass DIE LINKE keine einfache Fortführung ihrer früheren Organisationen ist. Aber auch individuelle Vorstellungen von Mitgliedern können mit Realitäten kollidieren: wenn ich an irgendeiner Stelle nicht in ein Amt gewählt werde, dann trete ich aus.

*„Mal abgesehen von sanitären Einrichtungen, der Medizin, dem Schulwesen, Wein, der öffentlichen Ordnung, der Bewässerung, Straßen, der Wasseraufbereitung und der allgemeinen Krankenkassen, was, frage ich euch, haben die Römer je für uns getan?“
(Das Leben des Brian, Monty Python)*

Da unsere Partei unterschiedliche Milieus der BRD vereint, sind die jeweiligen Zugänge zur Gesellschaft durch den sozialen Status, die politischen Erfahrungen, Erwartungen, das unterschiedliche Vertrauen in politische Repräsentanz etc. geprägt. Praktisch heißt dies, dass wir in unserer Partei Menschen haben, die in verschiedenen Staaten aufgewachsen sind (DDR, BRD, BRD nach 1990), die mit und ohne Arbeit sind, jung und alt, Männer und Frauen, mit und ohne Erfahrungen praktischer Solidarität. Manche Mitglieder von uns blicken auf eine Polit-Karriere von 50 Jahren zurück, andere machten mit 50 Jahren ihre ersten Polit-Erfahrungen. Manche sind hoch studiert und andere nicht.

Vielfalt und Projektionen lassen erahnen, wie schwer die Entwicklung einer gemeinsamen Identität ist. Monty Pythons Frage „Haben die Römer je etwas für uns getan?“ verdeutlicht – exemplarisch – die unterschiedlichen Einschätzungen der gesellschaftlichen Realitäten. Wenn jemand unter einen guten Tarifvertrag fällt, dann ist das Leben im real

existierenden Kapitalismus anders gestaltbar, als wenn jemand der Willkür des Hartz IV-Systems ausgesetzt ist. Wenn sich dann also eine Parteigliederung in einer Kneipe trifft, sich die eine Genossin nach einem Arbeitstag ein Steak bestellt und der andere nicht weiß, wovon er sein Bier bezahlen soll, sind Konflikte vorprogrammiert. Problematisch wird es hier immer dann, wenn – ursächlich – gesellschaftliche Konflikte als innerparteiliche Konflikte wahrgenommen werden.

Als Ableitung aus dem Beispiel mit der Kneipe könnte auch nahelegend sein, warum es in unserer Partei so grundlegend unterschiedliche Positionen zur Rolle der Arbeit, dem bedingungslosen Grundeinkommen oder zur Pendlerpauschale gibt. Das gesellschaftliche Sein bestimmt eben das Bewusstsein.

Als eine Absage an politische Debatten und der gemeinsamen Entwicklung von politischen Strategien und Positionen soll meine Herleitung an dieser Stelle aber nicht verstanden werden. Nur ist es ein anstrengenswertes Ziel, zwischenmenschliche Konflikte mit politischer Tarnung von den notwendigen, politischen Debatten zu trennen. Der Umgang mit der Vielfalt der Partei erfordert Bewusstsein und Sensibilität bei allen Akteur/innen, da bestimmte Probleme im solidarischen Sinne lösbar sind. Um mit dem Kneipen-Beispiel abzuschließen: man könnte sich ja auch woanders treffen, man kocht zusammen und ein Kasten Bier steht auch noch da.

Herausbildung einer gemeinsamen Identität, Verbesserung der politischen Kultur, Stärkung der Mitgliederpartei, Qualifizierung der politischen Arbeit (www.die-linke.de/politisch_weiterbilden)

Die politische Bildung kann auf mehreren Ebenen positiv intervenieren. Zu aller erst bringt sie Mitglieder der Partei in einem geschützten Raum – z.B. dem Seminar – in einen gemeinsamen Diskussionsprozess. Das Diskutieren politischer Inhalte und der Austausch über Motivationen und Interessen wirken nachhaltig. Der größte Reformerschwarm in solchen geschützten Räumen schon die revolutionärsten Reden und die größte Revolutionärin plädierte leidenschaftlich für einfachste Transformationsprozesse. Wenn Mitglieder lernen, sich aufeinander zu beziehen, werden sie „gezwungen“, ihre eigenen Positionen herzuleiten, sich hinterfragen zu lassen und die eigene Argumentation zu schärfen. Ein kleiner, feiner und nachhaltiger Schritt zur Verbesserung der innerparteilichen Kultur des Umgangs.

Hinsichtlich der Stabilisierung und Festigung unserer Partei gibt es zahlreiche Angebote. Hierzu gehören Angebote zur Vorstandsarbeit,

zur Mitgliederwerbung und -betreuung, zur Kommunikation und Finanzen. Diese Seminare können abgerufen werden, setzen jedoch ein Bewusstsein bei den jeweils politisch Verantwortlichen für Prozesse der Organisationsentwicklung voraussetzt.

Eines der Querschnittsziele in der Funktionsbildung ist, dass über eine Satzung nur selten politische Positionsbestimmungen vornehmbar sind. Natürlich sind Satzungsfragen immer auch Machtfragen. Eine Satzung ist aber nur ein Instrument, damit gemeinsame Spielregeln für die Zusammenarbeit vorhanden sind. Politische Debatten laufen auf Basis einer Satzung. Unsolidarisches Verhalten einer rechnerischen Mehrheit, aber auch zwischenmenschliche Probleme und individuelle Unzulänglichkeiten lassen sich mit einer Satzung nicht lösen.

Auf lange Sicht gesehen, muss politische Arbeit etwas in der Gesellschaft bewegen, da sie ansonsten zur reinen Selbstvergewisserung verkommt. So wenig eine persönliche Haltung aus sich heraus politische Arbeit bedeutet, so wenig bewirkt Aktivismus ohne belastbare, realistische Analyse eines konkreten Problems eine gesellschaftliche Veränderung. Die innerparteiliche Bildungsarbeit hilft, politische Analysen inklusiv entsprechender Werkzeuge kennenzulernen. Darüber hinaus regt sie Mitglieder zu neuen Ideen der gesellschaftlichen Intervention an. Der Rückgriff auf die Geschichte des „langen 19. Jahrhunderts“ sollte hier ebenso dazu gehören, wie aktuelle Erkenntnisse zur Entwicklung der Gesellschaft aus Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft u.a. Fachrichtungen.

Bildungsarbeit benötigt Zeit. Die Schnellebigkeit der Gesellschaft stellt auch hohe Ansprüche an Bildungsprozesse. Vermutlich dürfte es allen politisch Verantwortlichen lieb sein, wenn am Samstagmorgen oben Bildung in den Kopf geschüttet wird und Samstagmittag der gebildete Mensch fertig ist. Da auch die politische Bildung – berechtigterweise – der Notwendigkeit einer Abrechenbarkeit unterliegt, benötigt es jedoch des Bewusstseins, dass Bildungsprozesse – egal, ob es sich um die Vermittlung von Fähigkeiten, Verhaltensweisen oder Wissen handelt – langfristig angelegt sein müssen. Lernen, Diskutieren, Reflektieren und Anwenden sind leider nicht in zwei Stunden zu machen.

Mit dem Aspekt Zeit ist eine systematische Bildungsarbeit auf Bundesebene eng verknüpft. Grundlage hierfür sind politische Strukturen, die von unten nach oben diskutieren, auf welche organisationspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen die Bildungsarbeit in welcher Form reagieren sollte. Systematik schafft Transparenz im Bildungsprozess und beim Bildungsziel, da die Entwicklung eines einzelnen Seminarkonzepts

oder eines Curriculums Klarheit über inhaltliche, didaktische und methodische Planungen schafft. Die so geschaffene Vergleichbarkeit und Evaluationsmöglichkeit ist die Voraussetzung zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität der Partei. Systematik heißt konkret, dass beispielsweise neu gewählte Vorstandsmitglieder Satzung, Programm, Neumitgliedereinbindung, Organisationsmanagement, Kommunikation, Konfliktmanagement, Politikentwicklung und Politikumsetzung lernen müssen. Das Gegenteil von systematischer Bildungsarbeit sind Selbstbezug und Selbstvergewisserung, d.h. was einen Bildungsverantwortlichen persönlich interessiert, wird – häufig ohne Didaktik – in einen Bildungsprozess umgesetzt. Oftmals entkoppeln sich damit organisationspolitische und gesellschaftliche Notwendigkeiten. Die Bildungsarbeit landet schlussendlich in einer Sackgasse.

Aber auch die Rahmenbedingungen für Bildungsarbeit müssen stimmen. Bildungsarbeit benötigt Ressourcen. Ausreichende Finanzen sind elementar. Teilnahmegebühren, Selbstversorgung und Fahrtkosten sorgen für eine soziale Selektion unter möglichen Interessierten. Darüber hinaus kosten die Anmietung von kreativitätsfördernden Lernräumen, die Materialbeschaffung etc. einfach Geld.

Die innerparteiliche Bildung kann im besten Fall Unterschiede der sozialen Herkunft auffangen. Wer von Hause aus mit einem großen kulturellen Kapital ausgestattet ist und studieren konnte, hat statistisch in allen innerparteilichen Belangen immer deutliche Vorteile. Nun lassen sich tief in der Gesellschaft verankerte Realitäten nicht schnell aufheben, jedoch kann das Angebot von gesellschaftspolitischem Grundwissen und Fachwissen interessierte Mitglieder – und damit die Handlungsfähigkeit der Partei – deutlich voran bringen.

Der Artikel ist ein angefragter Gastbeitrag. Der Autor ist kein Mitglied der Sozialistischen Linken.



Linke und Gewerkschaft

Frank Deppe (Marburg)

Die Gewerkschaften sind – im Anschluss an Marx – die »elementaren Organisationen« der Lohnabhängigkeit; ihre Organisation und Praxis ist – bewusst oder unbewusst – auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bezogen. Die Welt der Arbeit, auf die sie sich überwiegend beziehen, wird durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bestimmt. Starke und freie Gewerkschaften sind eine Voraussetzung der Demokratie, die – auch im Kapitalismus – durch Sozialstaatlichkeit sowie Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften abgesichert werden muss. Oskar Lafontaine hat diesen Zusammenhang von Demokratie und der Veränderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, die durch »Enteignung« charakterisiert sind, hervorgehoben. »Der Kern unserer Auseinandersetzung ist das Lohnverhältnis, das darin besteht, dass dem Arbeitnehmer mehr abgenommen wird als ihm abgenommen werden darf, wenn es gerecht in einer Gesellschaft zugehen soll«. Ungerecht (und undemokratisch) ist: »Dass eine Minderheit reich wird, weil die große Mehrheit für sie arbeitet. Das ist die Kernfrage unserer Programmatik« (nach: junge Welt, 15.9.2011, S. 10f.).

1. Hauptgegner des Neoliberalismus

Die Macht und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ist Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit dem Aufstieg des (globalen) Finanzmarktkapitalismus und der Politik/Ideologie des Neoliberalismus haben Gewerkschaften seit den 1980er Jahren an Macht verloren; neoliberale Hegemonie bedeutet eben die Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Kapital-, hier der Finanzkapital-Seite. Dieser Prozess wurde durch den kapitalistischen Staat vorangetrieben: durch Liberalisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Sozialabbau. Die Schwäche der Gewerkschaften kommt vor allem im Absenken der Lohnquote und in der massiven Umverteilung von Einkommen und Vermögen »nach oben« zum Ausdruck. Für die Politiker des Neoliberalismus (und ihre Ideologen in der Tradition von Hayek und

Friedman) sind die Gewerkschaften nach dem Niedergang von Kommunismus und Sozialismus der Hauptgegner, dessen kollektive Handlungsmacht geschwächt werden muss!

2. Stärke und Legitimation »von unten«

Ich spreche bewusst von »den« Gewerkschaften – will sagen: diese Bestimmungen der Grundfunktionen von Gewerkschaften gelten unabhängig davon, ob sie eine mehr korporatistisch-sozialpartnerschaftliche oder eine mehr autonom-klassenorientierte Politik betreiben. Die Stärke der Gewerkschaften kommt »von unten«, sie liegt in den Betrieben; dort sind praktisch und theoretisch qualifizierte Betriebsräte und Vertrauensleute (nicht nur in der Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Arbeitsrechts, sondern auch auf dem Feld der Politischen Ökonomie, der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Analyse der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse), die Stützen der Gewerkschaftsarbeit. Lange Zeit war es selbstverständlich, dass linke Betriebsräte und Vertrauensleute durch die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung politisiert und sozialisiert waren. Dieser Zusammenhang hat sich – aufgrund der Krise der politischen Linken am Ende des 20. Jahrhunderts und damit auch generationsbedingt – weitgehend aufgelöst.

Die Stärke der Gewerkschaft drückt sich nicht allein in Mitgliederzahlen und finanziellen Ressourcen, sondern auch in ihrer Handlungs- und Kampffähigkeit aus. Die Linken verteidigen die Einheitsgewerkschaft, müssen aber in der Einheitsgewerkschaft auch deutlich als Linke zu erkennen sein. Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen sie ab. Sie setzen sich für einheitliche Gewerkschaftslisten bei Betriebsratswahlen ein. Sie sind in den DGB-Gewerkschaften – gegenüber den Sozialpartnern, den Pragmatikern und den Anhängern der beiden großen »Volksparteien« – eine Minderheitsströmung. Gelegentlich müssen sie dafür kämpfen, dass die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft, der Respekt vor den verschiedenen weltanschaulich-politischen Strömungen, auch anerkannt werden; sie müssen sich – auch in Betriebsräten – dafür einsetzen, dass Mehrheiten demokratische Verfahren akzeptieren. Das ist Teil der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen.

Die Linken setzten sich kritisch mit dem »Krisenkorporatismus«, d.h. mit der Einbindung in die Politik des Kapitals und des Staates, auseinander; sie kritisieren diejenigen, die sich auf das »Kerngeschäft« beschränken wollen und fordern eine aktivere Wahrnehmung des politischen Mandats; sie streiten für eine Erweiterung des Interessenbegriffs, der die »sekundäre Ausbeutung« (im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, des

Gesundheitswesens, des Verkehrs- und Immobiliensektors etc.) umfasst. Sie setzen sich für die Öffnung zu den Unter- und Randschichten der Arbeiterklasse und für die politische Öffnung zu den sozialen Bewegungen ein – aber, sie führen diese innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in dem Bewusstsein und mit dem Ziel, nicht die Partei, sondern die Gewerkschaft zu stärken.

3. Perspektiven demokratischer Transformation

Gewerkschaften sind (objektiv) Klassenorganisationen und direkt in den Klassengegensatz von Kapital und Arbeit (und in die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Staat) einbezogen. Daher sind Gewerkschaften notwendig ein Raum, in dem (a) über Krisenprozesse und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Ökonomie, (b) über Herrschaftsstrategien des Kapitals und des kapitalistischen Staates sowie (c) über Perspektiven demokratischer Transformation im Kapitalismus (und über diesen hinaus) diskutiert wird. Die Interessenvertretung der Lohnabhängigen hängt nicht nur ab von der ökonomischen Konjunktur und der Entwicklung des Arbeitsmarktes, sondern auch von technologischen Modernisierungsprozessen, von der Ausweitung des Raumes der Kapitalakkumulation (Transnationalisierung/Globalisierung) sowie von der Staatstätigkeit und selbst der internationalen Politik. Strategiedebatten in den Gewerkschaften sind notwendig, um die eigene Politik und deren Schwerpunktsetzungen bei veränderten Handlungsbedingungen zu reflektieren.

Gewerkschaften sind immer auch politische Organisationen, denn sie müssen die politische Demokratie als Voraussetzung ihrer Existenz verteidigen und die »soziale Demokratie« (Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung, Arbeiterkontrolle, Sozialstaatlichkeit, Bildungsgerechtigkeit, kulturelle Partizipation usw.) als Perspektive einer humanen Gesellschaft vertreten, die immer auch mit den Profitinteressen des Kapitals und der Logik des kapitalistischen Staates kollidiert. Das heißt: Politische Angriffe, die ihre Existenz betreffen, fordern Gegenwehr ebenso heraus wie der Abbau sozialer Rechte und sozialstaatlicher Leistungen. Die Linken in den Gewerkschaften setzen sich für eine deutlichere Wahrnehmung dieses »politischen Mandats« durch die Gewerkschaften ein.

4. Krise und Revitalisierung

Dass in der jüngsten Zeit von einer Revitalisierung der Gewerkschaften gesprochen wird, ist einerseits darauf zurückzuführen, dass mit der Angst vor sozialer Unsicherheit und Abstieg (die im Gefolge der Krisen seit 2008

noch einmal zugenommen haben) und mit der wachsenden Empörung über soziale Ungerechtigkeit sowie über Prunksucht und Korruption der »Superreichen« sowie der »politischen Klasse« zugleich das Ansehen von Gewerkschaften als kollektive Schutzorganisationen der LohnarbeiterInnen zugenommen hat. Andererseits ist es gelungen, in den neuen Sektoren auch neue Formen der Interessenvertretung, des Kampfes und der gewerkschaftlichen Organisation zu entwickeln. Dabei werden neue Wege der Organisation und Mobilisierung beschritten (»organizing«), während gleichzeitig die Interessenvertretung in den Zusammenhang sozialer Basis- und Bürgerrechtsbewegungen gestellt wird (»strategic unionism«).

Für die Entwicklung dieser neuen Ansätze von Gewerkschaftspolitik spielen Linke eine zentrale Rolle; denn sie haben nicht nur die Bedeutung des Rassismus und des Patriarchalismus für die Festigung von Herrschafts- und Machtverhältnissen begriffen, sondern engagieren sich – z.B. in der globalisierungskritischen Bewegung – für einen neuen Internationalismus und setzen sich für die Öffnung der Gewerkschaften zu den Debatten und Aktionen der neuen sozialen Bewegungen ein, ohne dass diese dabei ihre Selbständigkeit und Autonomie aufgeben. Machtorientierte Pragmatiker – vor allem in Spitzenpositionen der Gewerkschaften – werden allerdings die Anerkennung der Gewerkschaften durch die wirtschaftlichen und politischen Eliten (am besten durch die Bundeskanzlerin selbst) zum zentralen Kriterium der »Revitalisierung« erheben.

Fassen wir zusammen: Die Partei wirkt auf vielfältige Weise – nicht nur über ihre Mitglieder, die aktive ehren- oder hauptamtliche GewerkschafterInnen sind – in die Gewerkschaft hinein. Nicht zuletzt dadurch, dass über die politische Arbeit der Partei das Bewusstsein über den Zusammenhang von betrieblicher Erfahrung auf der einen und der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus, der Polarisierung der Klassenverhältnisse, der Instrumentalisierung des Staates für die Reproduktion der kapitalistischen Ökonomie und der Klassengesellschaft (vor allem in Krisenzeiten), der Krise der Demokratie, der Barbarisierung der internationalen Politik erweitert wird.

Die Bildungsarbeit der Partei, die das Wissen über solche Zusammenhänge vertieft und in historische Zusammenhänge einordnet, dient insofern auch der Qualifizierung von KollegInnen, die innerhalb und außerhalb des Betriebes (dauerhaft) wirken. Die Sozialismusdebatten in der Partei sind dabei auch deshalb hilfreich, weil sie die Tageserfahrungen in den Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital mit einer längerfristigen Perspektive der möglichen Transformationen kapitalistischer

Verhältnisse verbinden. Damit ermöglichen sie einen realistischeren Blick auf die Tagespraxis; denn sie schützen vor Illusionen, die – sofern sie enttäuscht werden – nur zu schnell zum Rückzug »ins Private« führen.

Dieser Text beruht stark gekürzt auf einem überarbeiteten Vortrag am 17.9.2011 bei der »LAG Betrieb und Gewerkschaft« der hessischen LINKEN.



Sozialistische Linke

Erklärung der Unterstützung

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

Straße:

PLZ und Ort:

Landesverband:

Kreis-/Bezirksverband:

Ggf. Parteifunktionen:

Telefonnummern:

E-Mail:

Aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen:

Ort, Datum:

Unterschrift:

Bitte abtrennen und schicken an:

SoLi-Verein, Postfach 20 16 49, 42216 Wuppertal

www.sozialistische-linke.de

realistisch und radikal

Das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Alban Werner, Fabio De Masi,
Marianna Schauzu, Bernhard Sander,
Volkhard Mosler, Lucia Schnell

Gestaltung: Darius K. Dunker / dkd.li

Druckerei: Druckerei Bunter Hund
Saarbrücker Straße 24 · 10405 Berlin
www.bunterhund.de

V.I.S.d.P. Sozialistische Linke,
c/o Fabio de Masi
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

SPENDEN

Die Sozialistische Linke unterstützen!

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Genossin, Lieber Genosse,

wir brauchen Deine Unterstützung. Die Sozialistische Linke leistet seit nunmehr fünf Jahren Bildungs- und Programmarbeit für eine realistische, radikale und gewerkschaftlich orientierte LINKE. Dazu zählt

- die jährliche Sommerakademie
- die Herausgabe und Verbreitung von Broschüren
- ein aktuelles und ansprechendes Homepageangebot

Wir möchten dieses Angebot erhalten und bedürftige Genossinnen und Genossen bei Fahrt- und Übernachtungskosten zu unseren Veranstaltungen unterstützen, um ihnen eine aktive Teilhabe am politischen Leben zu ermöglichen.

Und was hab ich damit zu tun?

Zahlreiche Mitglieder der SL – auch solche mit geringem Einkommen – spenden regelmäßig kleinere und größere Beträge, um unsere Arbeit zu finanzieren. Wir bitten auch Dich uns mit einer regelmäßigen Spende – sei es auch ein kleiner Betrag - zu unterstützen:

Parteivorstand DIE LINKE
Konto-Nr. 132 257 31
BLZ 100 500 00
Berliner Sparkasse
WICHTIG: Stichwort „SPENDE Sozialistische Linke“

Wir danken Dir für Deine Spendenbereitschaft!

Solidarische Grüße,

BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken

Alle Infos online unter www.sozialistische-linke.de